



Kinderreport Deutschland 2026

Chancengerechte Bildung

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, bei ihren Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen und der Überwindung von Kinderarmut. Ziel ist insgesamt die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder in Deutschland.

Impressum

Herausgeber

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116–118, 10117 Berlin
www.dkhw.de

Autor*innen:

Kai Hanke, Holger Hofmann, Uwe Kamp, Anne Lütkes, Till Mischko, Frauke Rummler (Deutsches Kinderhilfswerk)

Korrektorat:

Wirth Lasse GbR

Grafik & Layout:

grudengrafik

Druck:

Pinguin Druck GmbH

Diese Broschüre wurde auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Bildnachweise:

Titelbild: Paula G. Vidal, S.6: Paula G. Vidal, S.38: FatCamera, S.41: Paula G. Vidal, S.43: Tobias Koch, S.44, 46, 48, 50: Paula G. Vidal

© 2026 Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

ISBN 978-3-922427-84-1

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Kinderreport Deutschland 2026

Chancengerechte Bildung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes	
I. Chancengerechte Bildung in Deutschland: Ergebnisse repräsentativer Befragungen von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen	6
Erhebung und Untersuchungsdesign	7
Auswertung der Befragung	9
Veränderungen im Bildungssystem	9
Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule	18
Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule	23
II. Politische Forderungen und Handlungsempfehlungen	30
Frühkindliche Bildung: Chancengerechtigkeit von Anfang an sichern	31
Schulische Bildung: Gerechte Chancen und inklusive Lernorte schaffen	33
Außerschulische Bildung und Jugendarbeit: Teilhabe sichern, Ungleichheit abbauen	36
Fazit	37
III. Bildungswege durchs Jammertal: Ungleiche Chancen von Anfang an	38
Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer, Anne Lütkes, Präsidentin des Deutschen Kinderhilfswerkes und Till Mischko, Bildungs- und Kinderrechtsexperte	
Bildungsgerechtigkeit zwischen Kindertageseinrichtungen, Schule und politischer Teilhabe	39
Startbedingungen, die Weichen stellen – Armut, Region und Migrationsgeschichte als unsichtbare Hürden	40
Frühe Schritte, unterschiedliche Pfade	42
Schon in der Grundschule – Weichenstellung für den Bildungsweg	46
Bildung und politische Teilhabe: Wer bleibt zurück?	49
Fazit: Chancengleichheit in der Bildung bleibt leeres Versprechen – bisher	52
Abbildungsverzeichnis	54
Literaturverzeichnis	55

Vorwort

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Immer wieder wird in Deutschland sichtbar, wie ungleich die Bildungschancen von Kindern verteilt sind. Dabei ist Bildung weit mehr als ein institutionelles Angebot – sie ist eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe, Chancengerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben. Gute Bildung befähigt Kinder und Jugendliche, ihre Umwelt kritisch zu reflektieren, Herausforderungen eigenständig zu bewältigen und sich eine fundierte eigene Meinung zu bilden. Dennoch sind fehlende Kita-Plätze, ein bundesweit ungleiches Bildungssystem oder unzureichende Investitionen in Ausstattung und Personal auch im Jahr 2026 weiterhin die Realität. Besonders betroffen von derartigen Barrieren im Bildungssystem sind Kinder, die in Armut leben oder einen Migrationshintergrund haben, vor allem geflüchtete Kinder und Jugendliche.

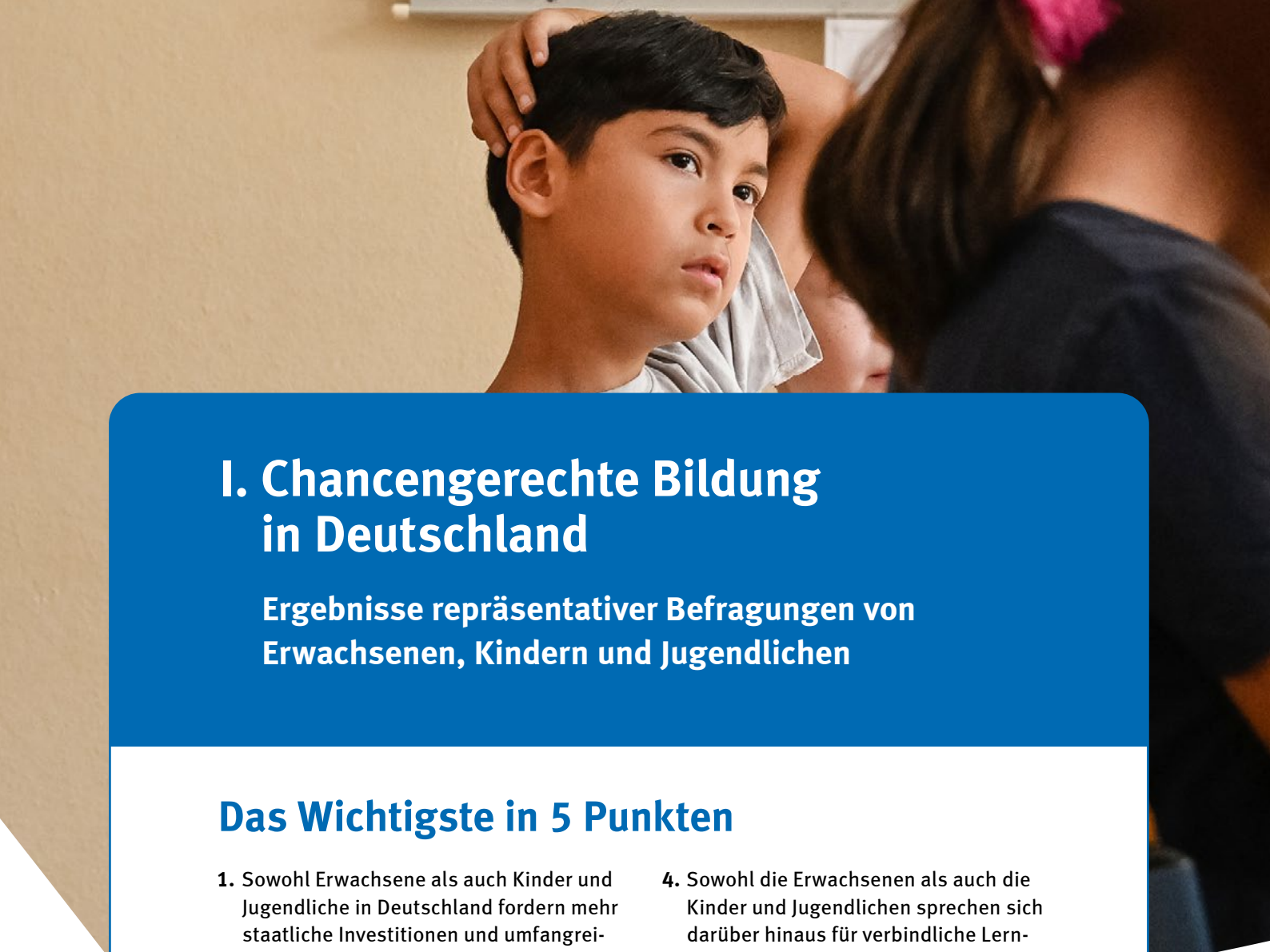
In Artikel 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichten sich Bund und Länder, allen jungen Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu hochwertiger Bildung zu garantieren und Bildungsorte so zu gestalten, dass sie die Persönlichkeit, Fähigkeiten und demokratische Teilhabe fördern. Der kinderrechtliche Begriff der „Bildung“ geht dabei weit über die formale Schulbildung hinaus und umfasst das breite Spektrum an Lebenserfahrungen und Lernprozessen, bei denen Kinder individuell und kollektiv ihre Persönlichkeit, Kompetenzen sowie geistige wie körperliche Fähigkeiten entwickeln und entfalten können (Artikel 29 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention).

Für uns als Kinderrechtsorganisation ist das Recht auf Bildung daher von herausragender Bedeutung. Es bildet das Fundament für individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe – und ist zugleich ein entscheidender Hebel, um soziale

Ungleichheiten zu überwinden und Zukunftschancen gerecht zu verteilen. Mit dem Kinderreport 2026 möchten wir als Deutsches Kinderhilfswerk entsprechende Möglichkeiten und Leerstellen in den aktuellen Politikansätzen zu chancengerechter Bildung aufzeigen. Chancengerechte Bildung darf in der Politik nicht als freiwillige Aufgabe verstanden werden, sondern als kinderrechtliche Pflichtaufgabe und staatliche Notwendigkeit. Für den hier vorliegenden Bericht wurde Anfang 2026 durch eine repräsentative Meinungsumfrage ein Stimmungsbild unter Erwachsenen sowie unter Kindern und Jugendlichen ab 10 Jahren erhoben. Damit soll aufgezeigt werden, wie die entsprechenden Altersgruppen den Ist-Zustand zu chancengerechter Bildung einschätzen und welche konkreten Veränderungen und Maßnahmen sie für wichtig halten. Daraus resultieren politische Handlungsempfehlungen von der frühkindlichen und schulischen Bildung bis hin zur außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem ist ein Essay zu verschiedenen Kontexten von Bildungsgerechtigkeiten bzw. -ungerechtigkeiten unserer Präsidentin Anne Lütke in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kinderrechtsexperten Till Mischko Teil des Kinderreports 2026.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und kritische Auseinandersetzung mit den diesjährigen Inhalten und Ergebnissen unseres Kinderreports. Nutzen Sie diesen Bericht gern als Impuls, die bestehenden Strukturen unseres Bildungssystems immer wieder zu hinterfragen und gemeinsam für gerechte Chancen aller Kinder einzustehen.

Holger Hofmann
Berlin, Mai 2026



I. Chancengerechte Bildung in Deutschland

Ergebnisse repräsentativer Befragungen von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen

Das Wichtigste in 5 Punkten

1. Sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche in Deutschland fordern mehr staatliche Investitionen und umfangreiche Reformen im Bildungssystem. Das soll insbesondere von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Kindern mehr Bildungschancen bieten.
2. Dabei sprechen sich die Befragten für einheitliche Bildungsstandards und Bildungsbedingungen in ganz Deutschland aus. Zudem sollte Bildung in Kita und Schule unabhängig vom Bundesland generell kostenfrei sein.
3. Eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsinstitutionen wie Kita, Schule oder Jugendarbeit wird ebenso priorisiert wie die Forderung nach einem verpflichtenden und schnellen Zugang geflüchteter Kinder zur Schule.
4. Sowohl die Erwachsenen als auch die Kinder und Jugendlichen sprechen sich darüber hinaus für verbindliche Lern- und Sprachförderangebote sowie eine flächendeckende Schulsozialarbeit und mehr psychosoziale Beratungsmöglichkeiten aus, um insbesondere die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder zu verbessern. Das sollte einhergehen mit mehr qualifiziertem Personal an Schulen und Kitas, um pädagogische Fachkräfte von organisatorischen Aufgaben zu entlasten.
5. Als wichtige Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern, werden insbesondere eine verbindliche Demokratiebildung in Schulen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen im Schulalltag bewertet.

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den Kinderreport 2026 wurden im Januar 2026 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes von der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 1.006 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.002 Erwachsene (Allgemeinbevölkerung ab 18 Jahren). Beide Befragungen wurden als Online-Befragung im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 07. bis 16. Januar 2026.

Mithilfe der parallelen Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland, dieses Mal mit dem Themenschwerpunkt „Chancengerechte Bildung“. Denn das Recht auf Bildung (Artikel 28 UN-KRK) ist eines der bedeutendsten Kinderrechte. Zum einen, weil durch gute Bildung die Grundlage geschaffen wird für die weitere Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes. Zum anderen, weil Bildung Kindern einen instrumentellen Zugang

zu essenziellen sozialen wie ökonomischen Teilhabechancen ermöglicht.

Ziel der Befragungen war es, die Einschätzungen der erwachsenen Bevölkerung sowie von Kindern und Jugendlichen dazu zu erfassen, welche Veränderungen und Maßnahmen im Bildungssystem als wichtig gelten, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde untersucht, welche Ansätze zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule als (sehr) wichtig bewertet werden.

Für die Befragung der Kinder und Jugendlichen wurden im Rahmen eines Screening-Prozesses Panelteilnehmer*innen identifiziert, die Kinder im Alter von 10 bis 17 Jahren haben, und gebeten, ihr Kind die Fragen – gegebenenfalls mit Unterstützung – beantworten zu lassen. Die Formulierungen der Fragen für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurden dem Verständnis dieser Altersgruppe angepasst, die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen

Abbildung 1: Untersuchungsdesign

	Befragung Kinder und Jugendliche	Befragung Erwachsene
Grundgesamtheit	Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Stichprobe/ Erhebungsverfahren	Online-Befragung im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet	Online-Befragung im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet
Fallzahl	1.006 Befragte	1.002 Befragte
Erhebungszeitraum	07.–16. Januar 2026	07.–16. Januar 2026
Durchführendes Institut	forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH	




Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland bzw. der Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren übertragen werden.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfragen dargestellt und bewertet. Aufgrund

der Datenfülle können dabei nicht alle Daten analysiert und/oder grafisch aufbereitet werden. Deshalb fokussieren sich die Ausführungen vor allem auf die generellen Erkenntnisse und statistisch interessante Aufschlüsselungen einzelner soziodemografischer Faktoren, zum Beispiel des Alters, der Parteipräferenzen, des Haushaltseinkommens oder der Schulbildung.

Auswertung der Befragung

Veränderungen im Bildungssystem

In den letzten Jahren wurde dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Deshalb wurden zu Beginn der Befragungen mögliche strukturelle Veränderungen diesbezüglich im Bildungssystem beleuchtet.

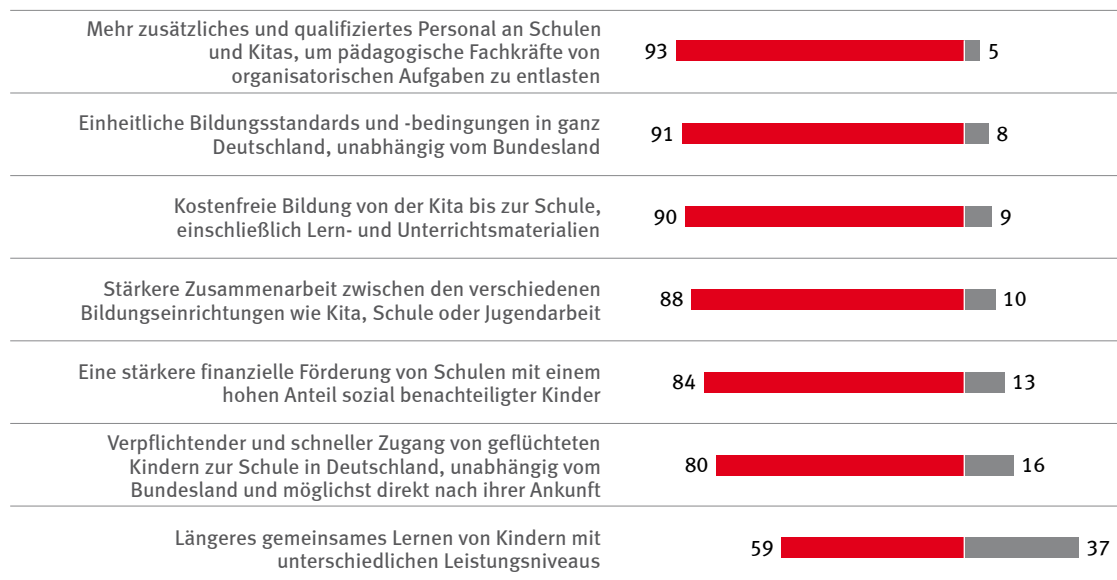
Um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, halten die erwachsenen Befragten es in erster Linie für (sehr) wichtig, für mehr zusätzliches und qualifiziertes Personal an Schulen und Kitas zu sorgen, um pädagogische Fachkräfte von organisatorischen Aufgaben zu entlasten. 93 Prozent (62 Prozent „sehr wichtig“, 31 Prozent „wichtig“) sind dieser

Abbildung 2: Veränderungen im Bildungssystem

Frage: In den letzten Jahren wurde dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Für wie wichtig halten Sie die folgenden grundsätzlichen Veränderungen im Bildungssystem, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Erwachsene

■ Sehr wichtig / wichtig ■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Meinung. Frauen halten mehr zusätzliches und qualifiziertes Personal eher für wichtig als Männer (95 zu 90 Prozent), ansonsten gibt es keine großen Unterschiede entlang der verschiedenen soziodemografischen Gruppen.

Relativ einheitlich ist das Bild in den unterschiedlichen Parteilagern, mit einer Ausnahme. So halten 98 Prozent der Grünen- und 95 Prozent der Linke-Anhänger*innen mehr zusätzliches und qualifiziertes Personal an Schulen und Kitas für wichtig, bei denen der SPD (94 Prozent) und der Unionsparteien (92 Prozent) sind es nur geringfügig weniger. Nur im Lager der AfD ist die Zustimmung mit 83 Prozent wesentlich geringer, wie auch bei allen abgefragten möglichen Maßnahmen die Zustimmungsraten der AfD-Anhängerschaft immer den niedrigsten Wert aufweisen.

Große Zustimmung findet auch die Forderung nach einheitlichen Bildungsstandards und -bedingungen in ganz Deutschland, unabhängig vom Bundesland. 91 Prozent (65 Prozent „sehr wichtig“, 26 Prozent „wichtig“) sind dieser Auffassung, bei den Befragten in Ostdeutschland sogar 97 Prozent. Einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen präferieren auch die älteren Befragten (60 Jahre und älter zu 96 Prozent) häufiger als die jüngeren (88 Prozent der 18- bis 29-Jährigen bzw. 85 Prozent der 30- bis 44-Jährigen).

Unterschiede sind auch bei dieser Frage entlang der Parteisympathien zu verzeichnen. So plädieren 96 Prozent der SPD- und 95 Prozent der Linke-Anhänger*innen für einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen in ganz Deutschland, ebenso wie 92 Prozent der Unionsparteien

Abbildung 3: Veränderungen im Bildungssystem / Einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen

Frage: In den letzten Jahren wurden dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Für wie wichtig halten Sie die folgenden grundsätzlichen Veränderungen im Bildungssystem, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen in ganz Deutschland, unabhängig vom Bundesland, werden als sehr wichtig / wichtig angesehen.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



und 91 Prozent der Grünen, während bei den AfD-Anhänger*innen nur 85 Prozent dieser Meinung sind.

Eine hohe Bedeutung kommt aus Sicht der Bevölkerung (90 Prozent) auch einer kostenfreien Bildung von der Kita bis zur Schule, einschließlich Lern- und Unterrichtsmaterialien zu. Hier ist das Bild über alle soziodemografischen Gruppen hinweg sehr geschlossen, einzig entlang der Parteianhängerschaft gibt es größere Unterschiede. So

halten kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Schule 97 Prozent der Grünen-Anhänger*innen für (sehr) wichtig, bei denen der Linken und der SPD sind es nur geringfügig weniger (94 Prozent bzw. 93 Prozent). Deutlich weniger Zustimmung ist dagegen im Lager der Unionsparteien (86 Prozent) und der AfD (83 Prozent) zu verzeichnen.

Auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule oder Jugendarbeit findet große

Abbildung 4: Veränderungen im Bildungssystem / Stärkere Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen

Frage: In den letzten Jahren wurden dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Für wie wichtig halten Sie die folgenden grundsätzlichen Veränderungen im Bildungssystem, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule oder Jugendarbeit wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Zustimmung, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen. 88 Prozent sind dieser Meinung, Frauen eher als Männer (90 Prozent zu 84 Prozent), und ältere Befragte (92 Prozent der über 60-Jährigen) etwas häufiger als jüngere Erwachsene (80 Prozent der 18- bis 29-Jährigen). Kleine Unterschiede bei den Zustimmungsraten gibt es bei dieser Frage auch zwischen denjenigen mit niedrigem/mittlerem Schulabschluss (90 Prozent) und mit hohem Schulabschluss (84 Prozent).

Für 84 Prozent ist es (sehr) wichtig, für eine stärkere finanzielle Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder zu sorgen. Auch hier sind Frauen eher als Männer (86 Prozent zu 81 Prozent) dieser Auffassung, ebenso wie wiederum die älteren Befragten (89 Prozent). Bei den Jüngeren sind es hingegen

nur 80 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 79 Prozent der 30- bis 44-Jährigen.

Haushaltseinkommen und Bildungsgrad spielen bei dieser Frage hingegen kaum eine Rolle, im Gegensatz zur Parteipräferenz. Während sich 96 Prozent der SPD-, 93 Prozent der Grünen- und 91 Prozent der Linke-Anhänger*innen für eine stärkere finanzielle Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder aussprechen, sind es bei denen der CDU nur 79 Prozent, und im Lager der AfD sogar nur 58 Prozent.

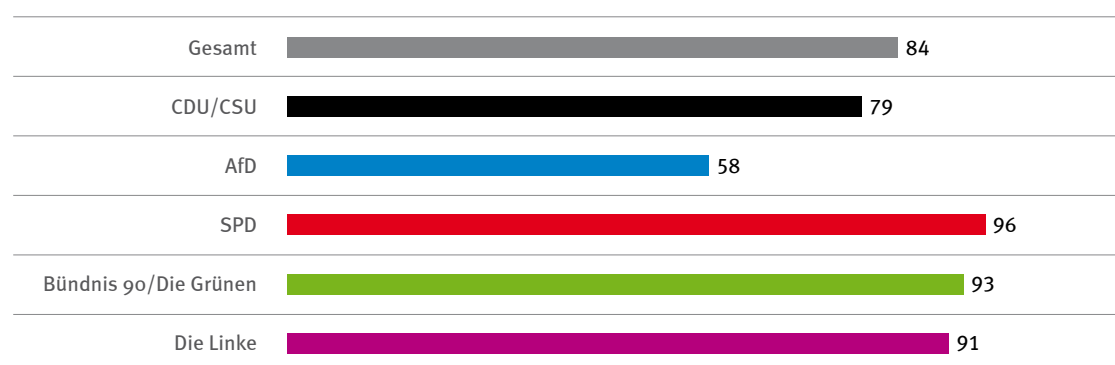
80 Prozent halten einen verpflichtenden und schnellen Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule in Deutschland, unabhängig vom Bundesland und möglichst direkt nach ihrer Ankunft, für (sehr) wichtig. Befragte mit hohem

Abbildung 5: Veränderungen im Bildungssystem / Stärkere finanzielle Förderung von Schulen

Frage: In den letzten Jahren wurde dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Für wie wichtig halten Sie die folgenden grundsätzlichen Veränderungen im Bildungssystem, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Eine stärkere finanzielle Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Schulabschluss (87 Prozent) sind häufiger dieser Meinung als diejenigen mit niedrigem/mittlerem Schulabschluss (75 Prozent), ebenso die in Großstädten (85 Prozent) als die in kleinen Kommunen (75 Prozent).

Erwartbar große Unterschiede gibt es bei dieser Frage entlang der Parteipräferenzen. Sehr große Zustimmungswerte sind bei den Anhänger*innen der Grünen (94 Prozent), der Linken (92 Prozent) und der SPD (89 Prozent) zu verzeichnen, geringer sind die im Lager der Unionsparteien mit 79 Prozent, und vor allem bei den AfD-Anhänger*innen mit nur 49 Prozent.

Vergleichsweise seltener, aber immer noch von der Mehrheit der Befragten, wird ein längeres gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen

Leistungsniveaus als wichtig oder sehr wichtig genannt (59 Prozent). Das sehen Frauen wesentlich häufiger als Männer so (63 Prozent zu 54 Prozent), und ältere Befragte (68 Prozent der über 60-Jährigen) öfter als jüngere (44 Prozent der 18- bis 29-Jährigen). Große Unterschiede sind auch entlang der Haushaltseinkommen zu verzeichnen (65 Prozent mit niedrigem und 64 Prozent mit mittlerem Haushaltseinkommen bzw. 52 Prozent mit hohem Haushaltseinkommen), ebenso beim formellen Bildungsgrad (64 Prozent mit niedrigem/mittlerem Schulabschluss bzw. 50 Prozent mit hohem Schulabschluss).

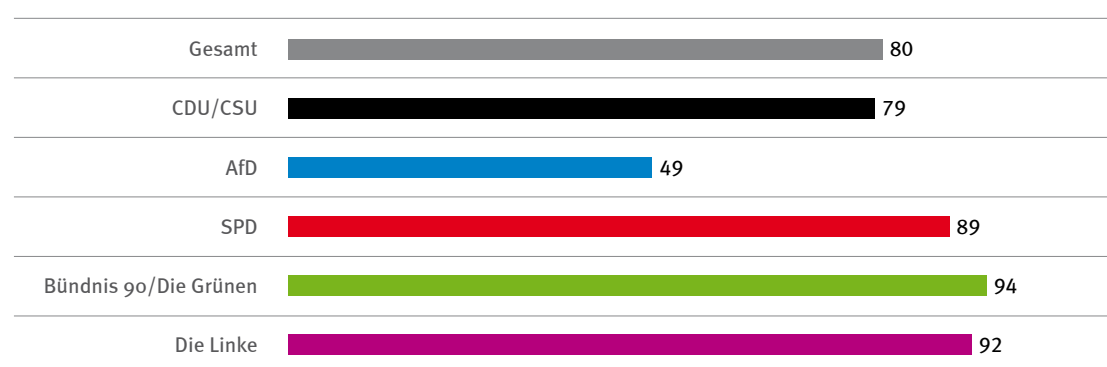
Uneinheitlich ist das Stimmungsbild bei dieser Frage auch entlang der Parteilager. Während 72 Prozent der Linke- und 71 Prozent der SPD-Anhänger*innen sich für ein längeres

Abbildung 6: Veränderungen im Bildungssystem / Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule

Frage: In den letzten Jahren wurde dem deutschen Bildungssystem in Studien immer wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn es um gleiche Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien geht. Für wie wichtig halten Sie die folgenden grundsätzlichen Veränderungen im Bildungssystem, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Verpflichtender und schneller Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule in Deutschland, unabhängig vom Bundesland und möglichst direkt nach ihrer Ankunft, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsniveaus aussprechen, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, sind es bei denen der

Grünen lediglich 62 Prozent. Und noch wesentlich geringer sind hier die Zustimmungswerte bei der Unions- und der AfD-Anhängerschaft mit 50 Prozent bzw. 49 Prozent.



Vergleich zum Kinderreport 2016 des Deutschen Kinderhilfswerkes

Die Frage, mit welchen Maßnahmen das deutsche Bildungssystem chancengerechter gemacht werden und der Bildungsweg von benachteiligten Kindern besser gelingen könnte, war bereits Grundlage für den Kinderreport 2016 des Deutschen Kinderhilfswerkes. Aus den Antworten war zunächst ablesbar, dass eine sehr große Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland umfangreiche Reformen im Bildungssystem fordert, um von Armut betroffenen Kindern mehr Bildungschancen zu bieten. 93 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass dafür ein einheitliches Bildungssystem ohne deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern „sehr wichtig“ oder „wichtig“ sei. Als weitere wichtige Maßnahmen wurden die spezielle Förderung von benachteiligten Kindern in Kitas und Schulen (95 Prozent), mehr Erzieher*innen und Lehrer*innen (95 Prozent), aktuelleres und besseres Lehrmaterial (92 Prozent) sowie geringere Kostenbeiträge für Kita und Schule

und Kostenfreistellungen für Lernmaterial, Tagesverpflegung und Teilnahme an Sport und Kultur (92 Prozent) befürwortet.

Sehr verbreitet waren darüber hinaus Meinungen, dass auch eine bessere Qualifikation und Entlohnung von Erzieher*innen und Lehrer*innen (88 Prozent), die Stärkung sozialer Kompetenzen durch mehr Beteiligung an der Gestaltung des Alltags in Kita und Schule (88 Prozent) und die individuellere Leistungsbewertung und Förderung armer Kinder (und nicht nur die Bewertung durch Noten) helfen könne (85 Prozent). Hohe Zustimmungsraten erzielten zudem die Forderung nach mehr Ganztagsbetreuung (82 Prozent) und ein längeres gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsniveaus (78 Prozent). Abgelehnt wurde damals die Einführung von einheitlicher Schulkleidung (48 Prozent zu 52 Prozent).

Bei der Umfrage für den Kinderreport 2026 bewerten auch die Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren die möglichen Veränderungen im Bildungssystem mehrheitlich als wichtig oder sehr wichtig, damit Kinder mit weniger Geld oder Unterstützung durch ihre Eltern (so der altersangepasste Fragetext) bessere Chancen haben. Gleichzeitig werden alle Items von den Kindern und Jugendlichen weniger häufig als (sehr) wichtig erachtet, wobei die Differenzen teils erheblich (bis zu 24 Prozentpunkte) sind.

Als wichtigste Maßnahme sehen es die Befragten an, dass Kitas, Schulen und Schulmaterial für alle Kinder kostenlos sind. 88 Prozent sehen das so (Erwachsene Platz 3 mit 90 Prozent). Ältere Kinder und Jugendliche sind häufiger dieser Meinung (je 90 Prozent der 12- bis 14-Jährigen sowie 15- bis 17-Jährigen) als jüngere Befragte (84 Prozent), und Schüler*innen von Gesamtschulen (92 Prozent) und Grundschulen² (91 Prozent) etwas häufiger als diejenigen von Haupt-/Realschulen und Gymnasien (je 87 Prozent).

2 Die Prozentzahlen bei den Befragten in Grundschulen sind aufgrund geringer Fallzahl innerhalb der Umfrage Tendenzangaben.

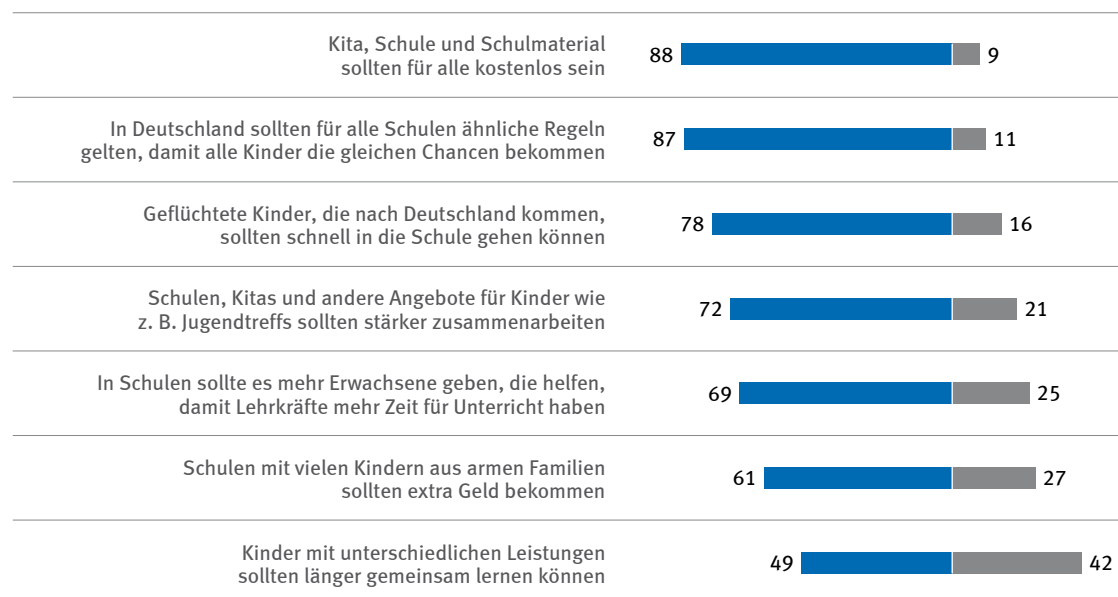
Abbildung 7: Veränderungen im Bildungssystem

Frage: Was denkst du, was sollte sich an Schule und Bildung allgemein ändern, damit Kinder mit weniger Geld oder Unterstützung durch ihre Eltern bessere Chancen haben?
Wie wichtig findest du die folgenden Punkte?

Kinder und Jugendliche

■ Sehr wichtig / wichtig

■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren

Angaben in Prozent

Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



87 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass in Deutschland für alle Schulen ähnliche Regeln gelten sollten, damit alle Kinder die gleichen Chancen bekommen. Damit landet diese mögliche Maßnahme ebenso wie bei den Erwachsenen auf dem zweiten Platz. Mädchen sehen das eher so als Jungen (90 zu 84 Prozent), und die Grundschüler*innen (95 Prozent) häufiger als Gymnasiast*innen (84 Prozent).

Dass geflüchtete Kinder, die nach Deutschland kommen, schnell in die Schule gehen können sollten, meinen 78 Prozent der Kinder und Jugendlichen (Erwachsene Platz 6 mit

80 Prozent). Kinder und Jugendliche in Großstädten sind etwas häufiger als diejenigen in kleinen Kommunen dieser Auffassung (81 Prozent zu 76 Prozent), und Grundschüler*innen und Gymnasiast*innen deutlich öfter (je 83 Prozent) als Haupt-/Realschüler*innen (71 Prozent) und Gesamtschüler*innen (70 Prozent).

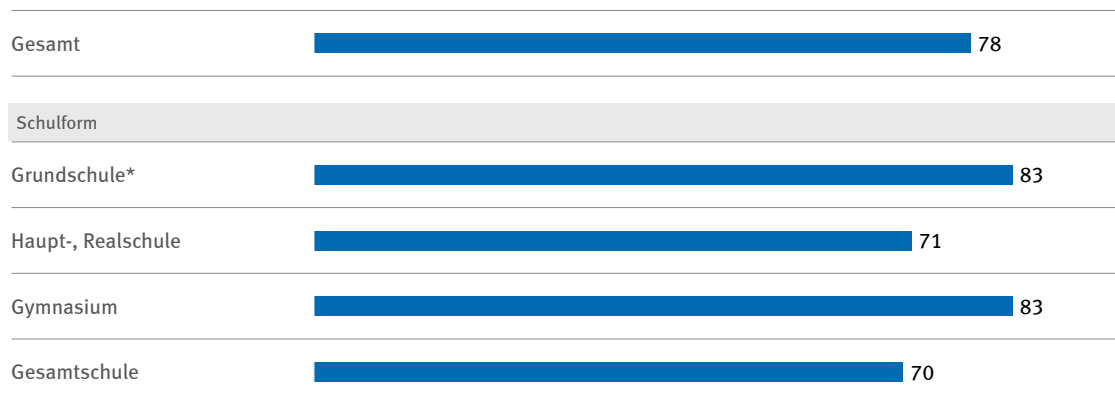
Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kitas und anderen Angeboten für Kinder wie beispielsweise Jugendtreffs halten 72 Prozent der Kinder und Jugendlichen für (sehr) wichtig (Erwachsene ebenfalls Platz 4 mit 88 Prozent). Insbesondere Mädchen sind dieser Auffassung

Abbildung 8: Veränderungen im Bildungssystem / Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule

Frage: Was denkst du, was sollte sich an Schule und Bildung allgemein ändern, damit Kinder mit weniger Geld oder Unterstützung durch ihre Eltern bessere Chancen haben?

Antwort: Geflüchtete Kinder, die nach Deutschland kommen, sollten schnell in die Schule gehen können, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Kinder und Jugendliche



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent

Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

* Die Prozentzahlen bei den Befragten in Grundschulen sind aufgrund geringer Fallzahl innerhalb der Umfrage Tendenzangaben.

forsa.

Kinderreport 2026



(76 Prozent, Jungen 69 Prozent), ebenso die Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland (80 Prozent, Westdeutschland 71 Prozent).

Rund zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen (69 Prozent) halten es für (sehr) wichtig, dass es in Schulen mehr Erwachsene gibt, die helfen, damit Lehrkräfte mehr Zeit für den Unterricht haben (Erwachsene Platz 1 mit 93 Prozent). Dieser Meinung sind insbesondere jüngere Kinder (73 Prozent der 10- bis 11-Jährigen), während die Zustimmungsraten bei Schüler*innen von Haupt-/Realschulen (67 Prozent) und Gymnasien (65 Prozent) deutlich geringer sind.

61 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Ansicht, dass Schulen mit vielen Kindern aus armen Familien stärker finanziell gefördert werden sollten (Erwachsene Platz 5 mit 84 Prozent). Und etwas seltener wird ein längeres gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsniveaus als (sehr) wichtig bewertet (49 Prozent, Erwachsene ebenfalls Platz 7 mit 59 Prozent). Insbesondere Grundschüler*innen (62 Prozent) und Haupt-/Realschüler*innen (58 Prozent) sind deutlich häufiger dieser Meinung als Gymnasiast*innen (42 Prozent).

Abbildung 9: Veränderungen im Bildungssystem / Bessere Zusammenarbeit von Angeboten für Kinder

Frage: Was denkst du, was sollte sich an Schule und Bildung allgemein ändern, damit Kinder mit weniger Geld oder Unterstützung durch ihre Eltern bessere Chancen haben?

Antwort: Schulen, Kitas und andere Angebote für Kinder wie z. B. Jugendtreffs sollten stärker zusammenarbeiten, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Kinder und Jugendliche

Gesamt  72

Geschlecht

Mädchen  76

Jungen  69

Wohnort

West  71

Ost  80

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren

Angaben in Prozent

Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule

Nach der Einschätzung struktureller Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems beschäftigt sich der zweite Teil der Umfragen mit verschiedenen möglichen Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder.

Um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, sprechen sich

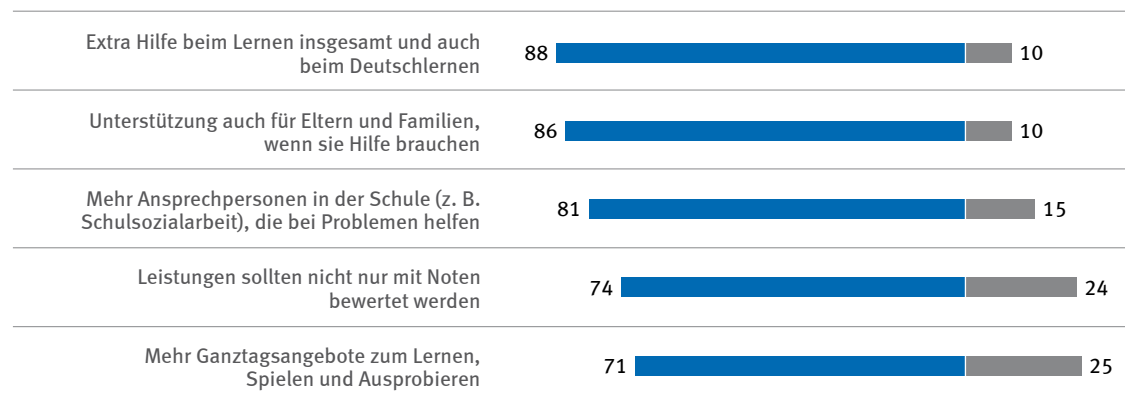
die Kinder und Jugendlichen in erster Linie für Lern- und Sprachförderangebote aus. Insgesamt 88 Prozent halten das für (sehr) wichtig (45 Prozent „sehr wichtig“, 43 Prozent „wichtig“). Dieser Meinung sind Mädchen eher als Jungen (91 Prozent zu 84 Prozent), und Grundschüler*innen (93 Prozent) häufiger als Schüler*innen anderer Schulformen.

Abbildung 10: Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule

Frage: Was hilft Kindern mit weniger Geld oder Unterstützung durch ihre Eltern deiner Meinung nach am meisten in der Schule? Wie wichtig findest du die folgenden Dinge?

Kinder und Jugendliche

■ Sehr wichtig / wichtig ■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Als besonders wichtig erachten die Kinder und Jugendlichen auch Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Lebenslagen. 86 Prozent halten das für (sehr) wichtig, insbesondere die älteren Befragten (89 Prozent der 15- bis 17-Jährigen) sowie Grundschüler*innen (90 Prozent).

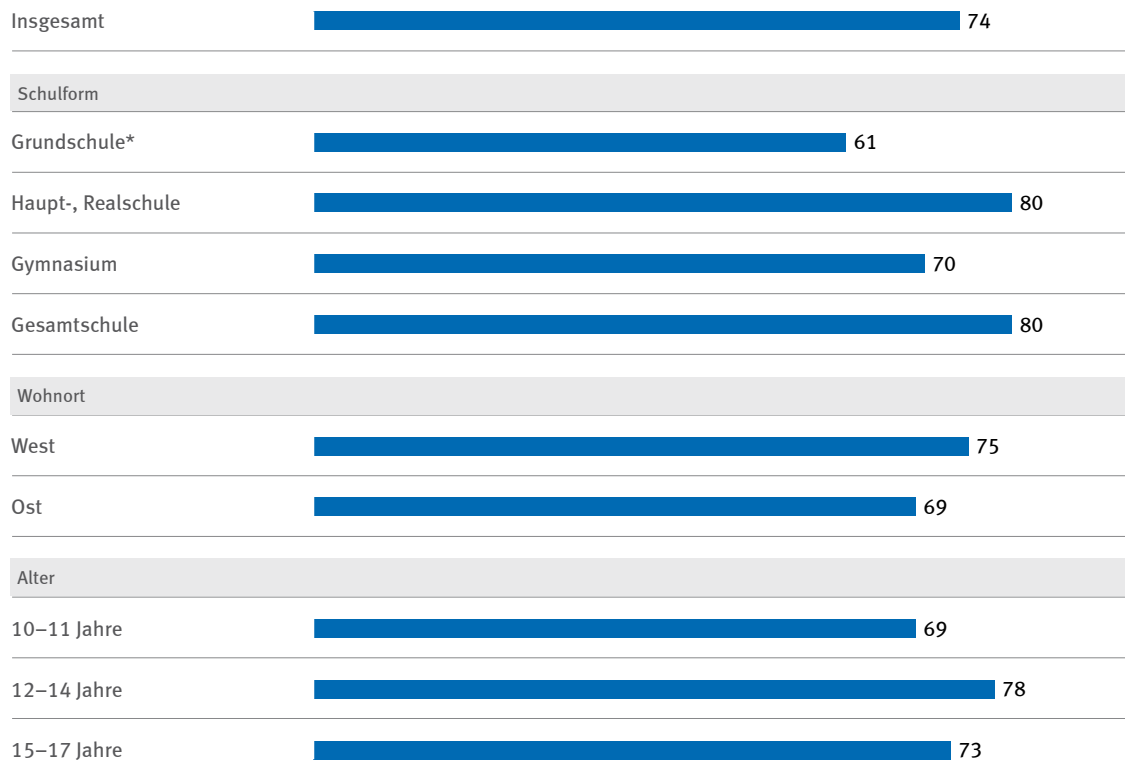
Und auch mehr Ansprechpersonen in der Schule, beispielsweise in der Schulsozialarbeit, sehen die Kinder und Jugendlichen als wichtige Maßnahme zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder an. 81 Prozent sind dieser Meinung, Mädchen wiederum eher als Jungen (84 Prozent zu

Abbildung 11: Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Leistungsbewertung durch Noten

Frage: Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag, um diesen bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Leistungen sollten nicht nur mit Noten bewertet werden, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Kinder und Jugendliche



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

* Die Prozentzahlen bei den Befragten in Grundschulen sind aufgrund geringer Fallzahl innerhalb der Umfrage Tendenzangaben.

forsa.

Kinderreport 2026



78 Prozent), und Grundschüler*innen (87 Prozent) häufiger als Schüler*innen anderer Schulformen. Dass schulische Leistungen nicht nur mit Noten bewertet werden sollten, bewerteten 74 Prozent der Kinder und Jugendlichen als (sehr) wichtig. Vor allem die älteren Befragten sind dieser Meinung (78 Prozent der 12- bis 14-Jährigen, 73 Prozent

der 15- bis 17-Jährigen, 69 Prozent der 10- bis 11-Jährigen), und Haupt-/Realschüler*innen und Gesamtschüler*innen (je 80 Prozent) eher als Gymnasiast*innen (70 Prozent). Und auch in Westdeutschland sprechen sich die Kinder und Jugendlichen häufiger dafür aus als in Ostdeutschland (75 Prozent zu 69 Prozent).

Und mehr Ganztagsangebote zum Lernen, Spielen und Ausprobieren sehen 71 Prozent als (sehr) wichtige Maßnahme an, um sozial benachteiligte Kinder in der Schule direkt zu unterstützen. Dafür sprechen sich Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland eher als diejenigen in Westdeutschland aus (78 zu 71 Prozent).

Das „Ranking“ der möglichen Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder sieht bei den Erwachsenen fast genauso aus wie bei den Kindern und Jugendlichen, allerdings

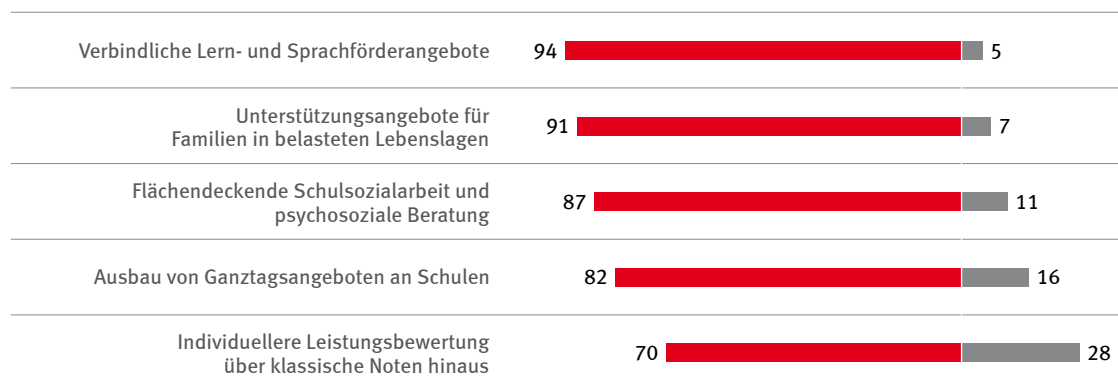
wie auch bei den strukturellen Maßnahmen fast durchgängig mit höheren Zustimmungsraten. Als (sehr) wichtige Maßnahme zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag, um diesen bessere Bildungschancen zu ermöglichen, werden vor allem verbindliche Lern- und Sprachförderangebote (insgesamt 94 Prozent, 61 Prozent „sehr wichtig“, 33 Prozent „wichtig“) angesehen (Kinder und Jugendliche Platz 1 mit 88 Prozent). Überdurchschnittlich sehen das vor allem die älteren Befragten so (96 Prozent der über 60-Jährigen).

Abbildung 12: Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule

Frage: Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag, um diesen bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Erwachsene

■ Sehr wichtig / wichtig ■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Im Hinblick auf die Ergebnisse bei den Erwachsenen zeigt sich: Das Bild in den unterschiedlichen Parteilagern zur Unterstützung sozial benachteiligter Kinder ist relativ einheitlich. So halten 98 Prozent der SPD- und 96 Prozent der Grünen-Anhänger*innen verbindliche Lern- und Sprachförderangebote für (sehr) wichtig, bei denen

der Unionsparteien (95 Prozent) und der Linken (91 Prozent) sind es nur geringfügig weniger. Im Lager der AfD sind es immerhin noch 88 Prozent, die verbindliche Lern- und Sprachförderangebote als (sehr) wichtige Maßnahme zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag ansehen.

Eine große Mehrheit hält auch Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Lebenslagen (91 Prozent) für (sehr) wichtig (Kinder und Jugendliche Platz 2 mit 86 Prozent), Frauen etwas häufiger als Männer (94 zu 89 Prozent), und die jüngeren Befragten (94 Prozent der 18- bis 29-Jährigen) eher als die älteren. Das Bildungsniveau und das Haushaltseinkommen haben hier demgegenüber kaum Einfluss.

Entlang der unterschiedlichen Parteilager bietet sich bei dieser möglichen Maßnahme wiederum das gleiche Bild. Während je 96 Prozent der Grünen- und Linke-Anhänger*innen sowie 93 Prozent bei denen der SPD und 90 Prozent bei den Unionsparteien eine solche Maßnahme als (sehr) wichtig ansieht, sind es bei denen der AfD nur 82 Prozent.

Abbildung 13: Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Unterstützungsangebote für Familien

Frage: Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag, um diesen bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Lebenslagen werden als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Als weitere wichtige Maßnahme wird von den Erwachsenen eine flächendeckende Schulsozialarbeit und psychosoziale Beratung von Schüler*innen angesehen. 87 Prozent halten das für (sehr) wichtig (Kinder und Jugendliche Platz 3 mit 81 Prozent), Frauen eher als Männer (92 Prozent zu 82 Prozent), und Befragte in Westdeutschland eher als diejenigen in Ostdeutschland (88 Prozent zu 83 Prozent). Und auch die jüngeren

Befragten (94 Prozent der 18- bis 29-Jährigen) sind häufiger dieser Meinung als ältere (81 Prozent der 30- bis 44-Jährigen). Und auch in Großstädten (91 Prozent) wird diese Auffassung eher vertreten als in kleinen und mittelgroßen Kommunen (86 bzw. 85 Prozent).

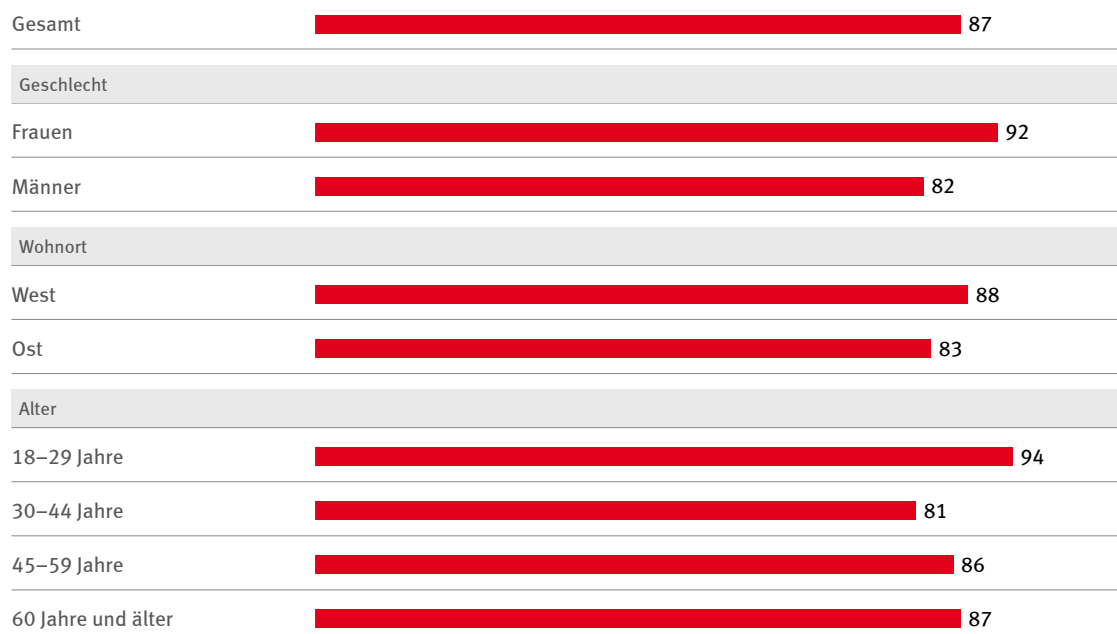
Größere Unterschiede sind bei dieser Frage entlang der Parteisympathien zu verzeichnen. So

Abbildung 14: Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Schulsozialarbeit und psychosoziale Beratung

Frage: Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder im Schulalltag, um diesen bessere Bildungschancen zu ermöglichen?

Antwort: Flächendeckende Schulsozialarbeit und psychosoziale Beratung werden als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



plädieren 96 Prozent der Grünen- und je 94 Prozent der Linke- und SPD-Anhänger*innen für eine flächendeckende Schulsozialarbeit und psychosoziale Beratung von Schüler*innen, um sozial benachteiligten Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, bei denen der Unionsparteien sind es 85 Prozent. Deutlich geringer ist der Zuspruch zu einer solchen Maßnahme im Lager der AfD (69 Prozent).

Zudem wird der Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen (82 Prozent) mehrheitlich als (sehr)

wichtig bewertet (Kinder und Jugendliche Platz 5 mit 71 Prozent). Auch hier sehen das Frauen eher so als Männer (85 Prozent zu 79 Prozent), und ältere Befragte (86 Prozent der über 60-Jährigen) öfter als jüngere. Unterstützung findet diese mögliche Maßnahme vor allem im Lager von Grünen (92 Prozent) und SPD (86 Prozent), etwas geringer sind die Zustimmungsraten bei den Anhänger*innen der Unionsparteien (81 Prozent) und der Linken (79 Prozent). Am geringsten ist auch hier die Zustimmung im Lager der AfD (73 Prozent).

Etwas seltener (70 Prozent) wird eine individuellere Leistungsbewertung über klassische Noten hinaus als (sehr) wichtig eingeschätzt (Kinder und Jugendliche Platz 4 mit 74 Prozent). Wie bei allen anderen Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder sind Frauen öfter dieser Meinung als Männer (74 Prozent zu 65 Prozent). Auch ältere Befragte (77 Prozent der über 60-Jährigen) sehen das eher so als die jüngeren (62 Prozent der 18- bis 29-Jährigen), und diejenigen mit niedrigem Schulabschluss öfter

als die mit hohem Schulabschluss (73 Prozent zu 65 Prozent).

Größere Unterschiede gibt es auch hier entlang der Parteisympathien. Während 79 Prozent der Grünen- und 78 Prozent der Linke-Anhänger*innen eine solche Maßnahme befürworten, sind es bei denen der SPD 70 Prozent. Im Lager der AfD und der Unionsparteien hingegen sind die Zustimmungsraten (66 Prozent bzw. 61 Prozent) wesentlich geringer.

Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule

Die Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen ist ein grundlegendes Kinderrecht, das insbesondere die Beteiligung in Kitas und Schulen umfasst. Mitbestimmung in diesen Bereichen stärkt das

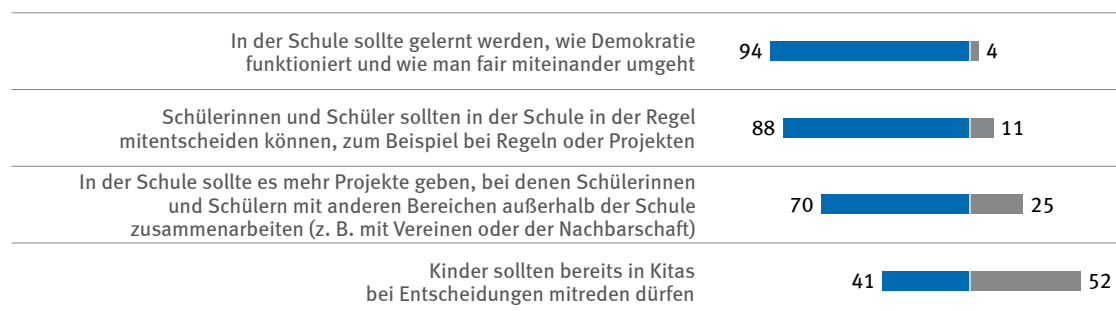
Gemeinschaftsgefühl und fördert Demokratiebildung. Dabei sollte ein besonderer Fokus auf sozial benachteiligte Kinder gelegt werden. Bereits der Kinderreport 2012 hat aufgezeigt, dass die frühe

Abbildung 15: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule

Frage: Was denkst du, wie wichtig sind die folgenden Dinge, damit Kinder und Jugendliche in Kita und Schule mitbestimmen können und lernen, wie Demokratie funktioniert?

Kinder und Jugendliche

■ Sehr wichtig / wichtig ■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Beteiligung von Kindern die Entwicklung von Resilienz entscheidend stärkt und dazu beitragen kann, den Kreislauf der Vererbung von Armut zu durchbrechen. Und der Kinderreport 2024 hat die Wichtigkeit von Demokratiebildung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe unterstrichen. Diese sollte bereits früh in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verankert und dort in der Praxis gelebt werden.

Damit Kinder und Jugendliche in Kita und Schule mitbestimmen können und lernen, wie Demokratie funktioniert, halten 94 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen es für (sehr) wichtig (66 Prozent „sehr wichtig“, 28 Prozent „wichtig“), dass in der Schule gelernt wird, wie Demokratie funktioniert und wie man fair miteinander

umgeht. Dieser Meinung sind Schüler*innen der Gymnasien und Gesamtschulen (je 95 Prozent) etwas häufiger als diejenigen der Haupt-/Realschulen (90 Prozent). Auch Kinder und Jugendliche in Westdeutschland sind eher dieser Auffassung (95 Prozent zu 90 Prozent).

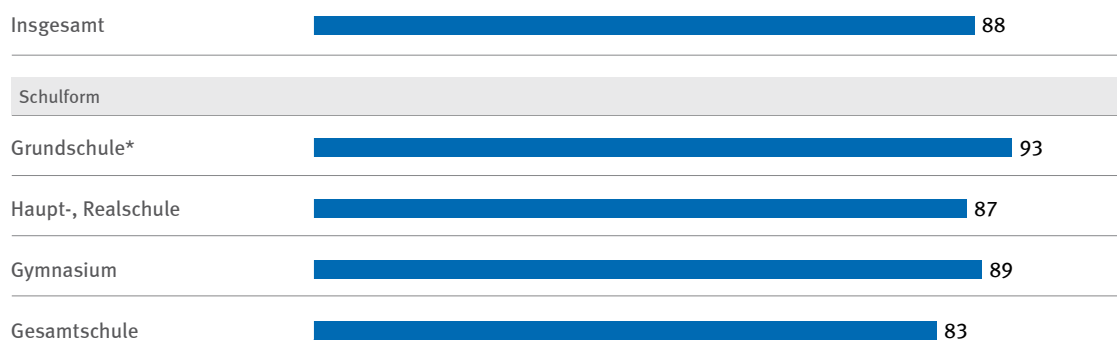
88 Prozent bewerten es als (sehr) wichtig, dass Schüler*innen in der Schule in der Regel mitentscheiden können, zum Beispiel bei Regeln oder Projekten. Insbesondere Grundschüler*innen sind dieser Meinung (93 Prozent), während es bei Gymnasiast*innen (89 Prozent), Haupt-/Realschüler*innen (87 Prozent) sowie Gesamtschüler*innen (83 Prozent) deutlich weniger sind.

Abbildung 16: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Partizipation

Frage: Was denkst du, wie wichtig sind die folgenden Dinge, damit Kinder und Jugendliche in Kita und Schule mitbestimmen können und lernen, wie Demokratie funktioniert?

Antwort: Schülerinnen und Schüler sollten in der Schule in der Regel mitentscheiden können, zum Beispiel bei Regeln oder Projekten, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Kinder und Jugendliche



Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

* Die Prozentzahlen bei den Befragten in Grundschulen sind aufgrund geringer Fallzahl innerhalb der Umfrage Tendenzangaben.

Dass es in der Schule mehr Projekte geben sollte, bei denen Schüler*innen mit anderen Bereichen außerhalb der Schule zusammenarbeiten, beispielsweise mit Vereinen oder der Nachbarschaft, halten 70 Prozent für (sehr) wichtig. Auch hier sind insbesondere Grundschüler*innen dieser Meinung (81 Prozent), während es bei den Gesamtschüler*innen (74 Prozent), Haupt-/Realschüler*innen (72 Prozent) und besonders den Gymnasiast*innen (68 Prozent) deutlich weniger sind.

Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder bereits in Kitas sehen 41 Prozent der Kinder und Jugendlichen als (sehr) wichtig an, 52 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Als wichtig wird eine solche Maßnahme am ehesten von den jüngeren Kindern (53 Prozent der 10- bis 11-Jährigen) eingeschätzt, während es bei den 12- bis 14-Jährigen

(42 Prozent), vor allem aber bei den 15- bis 17-Jährigen (33 Prozent) seltener als (sehr) wichtig genannt wird.

Als wichtige Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern, wird auch von den Erwachsenen (88 Prozent, dabei 55 Prozent „sehr wichtig“, 33 Prozent „wichtig“) insbesondere eine verbindliche Demokratiebildung in Schulen bewertet, um Wissen und Fähigkeiten für ein demokratisches Zusammenleben zu vermitteln (Kinder und Jugendliche Platz 1 mit 94 Prozent). Frauen sind eher dieser Meinung als Männer (91 Prozent zu 86 Prozent), und ältere Befragte (92 Prozent) öfter als jüngere (85 Prozent).

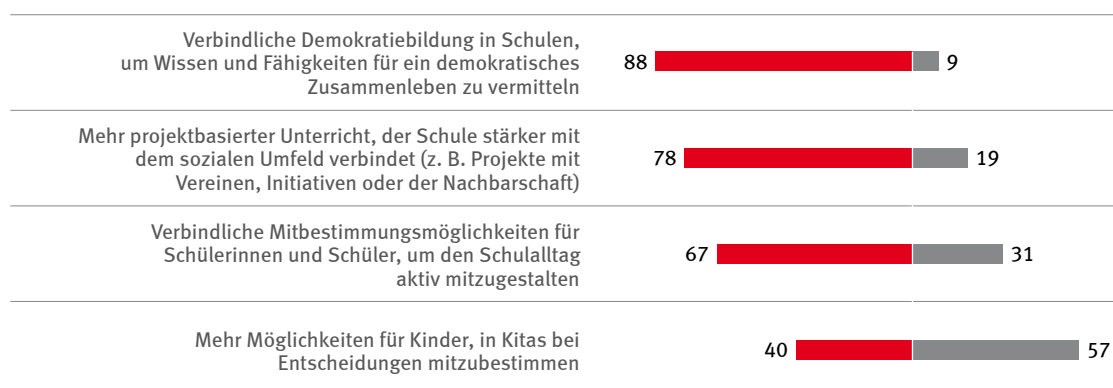
Abbildung 17: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule

Frage: Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Beteiligung in Bildungseinrichtungen für sozial benachteiligte Kinder ist. Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern?

Erwachsene

■ Sehr wichtig / wichtig

■ Weniger wichtig / gar nicht wichtig



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Wie schon bei den anderen Fragestellungen, unterschieden sich die Auffassungen deutlich entlang der Parteipräferenzen. So wird eine verbindliche Demokratiebildung in Schulen von 99 Prozent der Grünen- und 96 Prozent der SPD-Anhänger*innen als (sehr) wichtige Maßnahme

bewertet, bei denen der Linken und der Unionsparteien sind es je 89 Prozent. Im Lager der AfD gibt es zwar auch eine Mehrheit für eine solche Maßnahme, allerdings fällt diese mit 67 Prozent deutlich geringer aus.

Abbildung 18: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Schule und Kita / Demokratiebildung in Schulen

Frage: Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Beteiligung in Bildungseinrichtungen für sozial benachteiligte Kinder ist. Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern?

Antwort: Verbindliche Demokratiebildung in Schulen, um Wissen und Fähigkeiten für ein demokratisches Zusammenleben zu vermitteln, wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Rund drei Viertel der Erwachsenen (78 Prozent) halten zudem mehr projektbasierten Unterricht, der Schule stärker mit dem sozialen Umfeld verbindet, für (sehr) wichtig (Kinder und Jugendliche Platz 3 mit 70 Prozent). Das gilt über alle Einkommens- und Altersgruppe hinweg, lediglich Eltern mit Kindern unter 14 Jahren sind nicht so oft dieser Meinung wie die Befragten ohne Kinder (72 Prozent zu 80 Prozent).

In den politischen Lagern hingegen sind die Unterschiede sehr deutlich. So finden mehr projektbasierten Unterricht, der Schule stärker mit dem sozialen Umfeld verbindet, 87 Prozent der Grünen-, 86 Prozent der Linke- und 84 Prozent der SPD-Anhänger*innen (sehr) wichtig. Bei denen der Unionsparteien sind es nur 72 Prozent, und bei den AfD-Anhänger*innen sogar lediglich 64 Prozent.

Abbildung 19: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Öffnung von Schule ins soziale Umfeld

Frage: Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Beteiligung in Bildungseinrichtungen für sozial benachteiligte Kinder ist. Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern?

Antwort: Mehr projektbasierter Unterricht, der Schule stärker mit dem sozialen Umfeld verbindet (z. B. Projekte mit Vereinen, Initiativen oder der Nachbarschaft), wird als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



Etwa zwei Drittel der Erwachsenen (67 Prozent) sehen außerdem verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen, um den Schulalltag aktiv mitzugestalten, als (sehr) wichtig an (Kinder und Jugendliche Platz 2 mit 88 Prozent). Befragte in Ostdeutschland sehen das eher so wie die in Westdeutschland (71 Prozent zu 66 Prozent), Frauen häufiger als Männer (71 Prozent zu 62 Prozent), und ältere Befragte (69 Prozent der über 60-Jährigen) eher so als die jüngeren (60 Prozent der 18- bis 29-Jährigen). Und auch Erwachsene mit niedrigem Haushaltseinkommen (71 Prozent) sind häufiger dieser Meinung als diejenigen mit mittlerem oder hohem Haushaltseinkommen (je 65 Prozent).

Sehr heterogen ist auch hier das Meinungsbild entlang der Parteipräferenzen. Während 83 Prozent der Linke-, 82 Prozent der Grünen- und 76 Prozent

der SPD-Anhänger*innen verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen, um den Schulalltag aktiv mitzugestalten, als (sehr) wichtig ansehen, sind es bei denen der AfD und der Unionsparteien deutlich weniger (56 Prozent bzw. 54 Prozent).

Mehr Möglichkeiten für Kinder, in Kitas bei Entscheidungen mitzubestimmen, halten 40 Prozent der Befragten für (sehr) wichtig (Kinder und Jugendliche Platz 4 mit 41 Prozent). Auch hier sind Frauen häufiger dieser Meinung als Männer (43 Prozent zu 37 Prozent), und ältere Befragte (42 Prozent der über 60-Jährigen) eher als jüngere (36 Prozent der 18- bis 29-Jährigen). Besonders oft sehen das auch die Befragten mit niedrigem Haushaltseinkommen (47 Prozent) und niedrigem Schulabschluss (44 Prozent) als (sehr) wichtige Maßnahme an, während bei denen mit hohem

Haushaltseinkommen (36 Prozent) und hohem Schulabschluss (33 Prozent) wesentlich weniger dieser Auffassung sind.

Wie schon bei den anderen abgefragten möglichen Maßnahmen, unterscheiden sich die Meinungen in den politischen Lagern erheblich. Mehr

Möglichkeiten für Kinder, in Kitas bei Entscheidungen mitzubestimmen, halten bei den Linke-Anhänger*innen 57 Prozent für (sehr) wichtig, bei denen der Grünen sind es 48 Prozent und bei der SPD 42 Prozent. Im Lager der AfD sehen das nur 38 Prozent so, und bei den Unionsparteien sind es sogar nur 31 Prozent.

Abbildung 20: Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Partizipation

Frage: Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Beteiligung in Bildungseinrichtungen für sozial benachteiligte Kinder ist. Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern?

Antwort: Verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, um den Schulalltag aktiv mitzugestalten, werden als sehr wichtig / wichtig erachtet.

Erwachsene



Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte bis 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

forsa.

Kinderreport 2026



II. Politische Forderungen und Handlungsempfehlungen

Bildung ist ein Kinderrecht und zugleich ein zentraler Schlüssel für soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Artikel 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichten Bund und Länder, allen Kindern diskriminierungsfreien Zugang zu hochwertiger Bildung zu garantieren und Bildungsorte so zu gestalten, dass sie die Persönlichkeit, Fähigkeiten und demokratische Teilhabe fördern. Dies stärkt die Rechte von Kindern und Jugendlichen genauso wie es langfristig das Gemeinwesen in Deutschland stärkt. Denn Bildung ist zugleich Motor für wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und die nachhaltige Absicherung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichzeitig hängen Bildungschancen in Deutschland weiterhin stärker als in vielen anderen OECD-Ländern von Herkunft, Wohnort, gesundheitlicher Verfassung oder auch dem Aufenthaltsstatus junger Menschen ab. Fachkräftemangel, unzureichende Investitionen in Bildungsinfrastruktur, ungleiche Zugänge und fehlende Beteiligung gefährden darüber hinaus eine konsequente und lückenlose Umsetzung des Rechts auf Bildung.

Bildungsgerechtigkeit darf politisch nicht als optionale Leistung behandelt werden, sondern muss als verbindlicher staatlicher Auftrag im Sinne der Kinderrechte verstanden werden. Deswegen fordert das Deutsche Kinderhilfswerk seit vielen Jahren: Bund und Länder müssen jetzt gemeinsam handeln und das deutsche Bildungssystem in den Bereichen frühkindliche Bildung, schulische Bildung sowie außerschulische Bildung grundsätzlich reformieren!



1. Frühkindliche Bildung: Chancengerechtigkeit von Anfang an sichern

Frühkindliche Bildung legt das Fundament für gerechte Bildungschancen. Wenn Kindern der Zugang zu Kitas fehlt oder Qualität massiv variiert, werden Ungleichheiten bereits vor Schuleintritt verfestigt. Ein chancengerechtes System muss deshalb allen Kindern von Beginn an gleiche Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten eröffnen.

Kita-Plätze bedarfsgerecht ausbauen

Um eine gute frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sicherzustellen, braucht es in erster Linie den Ausbau der von den Bundesländern verantworteten Angebote der Kindertagesbetreuung.

Wir setzen uns ein für:

- ein bundesweites Ausbauprogramm zur Schaffung von mindestens 400.000 fehlenden Kita-Plätzen für alle Altersgruppen, mit besonderer Berücksichtigung der Situation in unterschiedlichen Bundesländern
- Priorität von Investitionen in Standorte im Hinblick auf Kinder unter drei Jahren und für Sozialräume mit besonderer Belastung, bspw. durch hohe Anteile sozial-ökonomisch benachteiligter Familien oder mit höheren Sprachförderbedarfen bei Kindern im Kita-Alter
- einen gemeinsamen Bund-Länder-Investitionsfonds für Neubau, Sanierung und Betrieb von Kindertageseinrichtungen
- langfristige kommunale Finanzierungssicherheit der frühkindlichen Bildung

Fachkräftemangel mit einer bundesweiten Offensive bekämpfen

Ohne ausreichendes Personal ist gute frühkindliche Bildung nicht möglich – und Chancengerechtigkeit bleibt unerreichbar.

Wir setzen uns ein für:

- eine Fachkräfteoffensive zum Schließen der Bedarfslücke von mindestens 125.000 fehlenden Stellen
- eine bundesweit kostenfreie Ausbildung und angemessene Vergütung für Fachkräfte
- den Ausbau von Studien- und Fachschulkapazitäten
- finanzierte Mentor*innen-Programme und Strukturen zur Anleitung von Fachkräften in der Kita-Praxis
- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse bei gleichzeitiger Qualitätssicherung

Bundesweit verbindliche Fachkraft-Kind-Schlüssel festlegen

Unterschiedliche Standards zwischen Bundesländern führen zu ungleichen Bildungschancen.

Wir setzen uns ein für:

- die nachhaltige Absicherung eines gesetzlichen Rahmens für Qualität in der frühkindliche Bildung (bspw. Qualitätsentwicklungsgesetz - BMBFSFJ) und realistische Aufteilung von Kostenaufwänden gemäß wirtschaftlichen Potenzialen von Bund und Ländern
- bundesweit verbindliche Mindeststandards für den Fachkraft-Kind-Schlüssel: U3 (1-3 Jahre) sowie Ü3 (1-7 Jahre)

Demokratiebildung und Beteiligung als chancengerechte Praxis verankern

Als Mikrokosmos der Gesellschaft ist auch die frühkindliche Bildung gefordert, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander zu setzen.

Wir setzen uns ein für:

- die Integration von Demokratiebildung und Beteiligungsstandards in die Entwicklung von Kita-Qualität
- verpflichtende kinderrechtebasierte Demokratiebildung in Kita-Bildungsplänen
- Fortbildungsprogramme für Fachkräfte zur praxisgerechten Begleitung von Demokratiebildung
- die nachhaltige Entwicklung niederschwelliger und praxistauglicher Bildungskonzepte für Mitbestimmung und Beteiligungsformate junger Kinder
- eine gezielte Förderung frühkindlicher Medienbildung über eine Ausweitung des Digitalpakts 2.0, die frühzeitig und altersgerecht Resilienz ggü. Mediennutzungsrisiken stärkt



2. Schulische Bildung: Gerechte Chancen und inklusive Lernorte schaffen

Schule entscheidet maßgeblich über Zukunftschancen. Ein chancengerechtes Bildungssystem darf Kinder nicht selektieren, sondern muss alle unterstützen – unabhängig von beispielsweise Herkunft, Behinderung oder Fluchterfahrung. Bildungsgerechtigkeit erfordert Investitionen, Inklusion und Beteiligung.

Investitionsoffensive für Schulen und Personal

Es bedarf in erster Linie einer Investitionsoffensive für Schulen und Personal in Deutschland, die darauf abzielt die Bildungssysteme zu modernisieren und die Bildungschancen zu verbessern.

Wir setzen uns ein für:

- ein dauerhaftes Bund-Länder-Investitionsprogramm auf Basis eines Sondervermögens für Schulbau, Ausstattung und Personal sowie
- eine fachpolitisch ausgewogene Aufweichung des Kooperationsverbotes im Bildungswesen
- den Aufbau multiprofessioneller Teams mit unterschiedlichen Funktionsbereichen von Schule, die pädagogische und verwaltungsbezogene Kapazitäten synergetisch fördern
- flächendeckende Hilfesysteme für Kinder und Jugendliche in der Schule, inkl. Ausbau und Absicherung sozialpädagogischer und schulpsychologischer Dienste
- die nachhaltige gesetzliche Absicherung von zeitlich begrenzten Förderprogrammen zur Sprachförderung und Förderung von Basiskompetenzen zum Ausgleich unterschiedlicher Ausgangskompetenz, insbesondere beim Übergang zwischen frühkindlicher Betreuung und Schuleintritt (bspw. Startchancen-Programm)

Ganztag qualitativ voll gestalten – Chance für mehr Gerechtigkeit

Der Ganztag bietet die Möglichkeit, Bildungsungleichheiten abzubauen – wenn Qualität verbindlich gesichert ist.

Wir setzen uns ein für:

- einen Bund-Länder-Gipfel unter Beteiligung von Akteur*innen der außerschulischen Bildung zur Rahmensetzung verbindlicher Qualitätsstandards für Bildung im Ganztag
- Mindeststandards für Anzahl und Qualifizierung von pädagogischem Personal, für Räume und Konzepte im Rahmen von Bildungsplänen der Länder
- eine an den Interessen und Bedarfen von Kindern orientierte Rhythmisierung von Lern-, Spiel- und Erholungszeiten in Ganztagesangeboten
- die gezielte Förderung von Schulen und schulbezogenen Einrichtungen freier Jugendarbeit in sozial-ökonomisch benachteiligten Lagen im Rahmen von Gesetzesinitiativen und Fördermaßnahmen
- die Stärkung von Jugendarbeit im Kontext von Ganztagsangeboten im Regel- und im Ferienbetrieb
- verbindliche Angebote in Schule und Jugendarbeit zur Medienbildung für alle Kinder, ungeachtet ihrer Herkunftsmilieus
- eine Verankerung der Kooperationspflichten von Schule mit Jugendhilfe in Landesbildungsgesetzen
- die regelmäßige Evaluation bestehender Kooperationskonzepte und -praxis

Demokratiebildung und Mitbestimmung verbindlich absichern

Beteiligung stärkt Selbstwirksamkeit und eröffnet bessere Teilhabechancen.

Wir setzen uns ein für:

- die verbindliche Etablierung von bundesweiten Beteiligungsstandards in allen Bildungsinstitutionen
- demokratische Strukturen als Kern schulischer Bildung und die rechtliche Absicherung der Mitbestimmung von Kindern beispielsweise über Schulkonferenzen
- unabhängige, landesweite abgesicherte Beschwerdesysteme im Schulalltag
- die Verankerung von altersgerechter Demokratiebildung in Lehrplänen und Schulgesetzen ab der 1. Klasse, auch um im Hinblick auf die Entwicklung von Teilhabekompetenzen einen guten Übergang von frühkindlichem und schulischem Bildungsbereich zu gewährleisten
- eine Rahmengesetzgebung zur Förderung von digitaler Resilienz und Schutz vor Online-Risiken wie Hatespeech, Mobbing, Desinformation und zur Absicherung einer an den besten Interessen von Kindern ausgerichteten Regulierung von Medienanbietern zur Vermeidung eines pauschalen Ausschlusses junger Menschen von digitalen Zugängen

Sofortiger Bildungszugang für geflüchtete Kinder

Bildungszugang ist ein Schlüssel für gemeinschaftsprägende Lernerfahrungen und Entwicklung von Teilhabechancen.

Wir setzen uns ein für:

- einen bundesweit einheitlichen sofortigen Zugang geflüchteter Kinder zum regulären Schulsystem und schulisch organisierten Sprachförder- und Gesundheitsprogrammen
- Ausbau psychosozialer Angebote an Schulen zur Unterstützung von geflüchteten Kindern mit benachteiligenden Bildungszugängen



3. Außerschulische Bildung und Jugendarbeit: Teilhabe sichern, Ungleichheit abbauen

Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Außerschulische Bildungsorte sind entscheidend, um Chancengerechtigkeit zu stärken, soziale Ausgrenzung zu verhindern und Demokratie erfahrbar zu machen.

Rettungsschirm für Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Ausgaben für die präventive Jugendhilfe in den Kommunen sinken aufgrund des Spardrucks immer weiter. Es ist zu befürchten, dass viele kleine Träger der freien Jugendhilfe diese Sparmaßnahmen nicht überleben und Fachkräfte abwandern.

Wir setzen uns ein für:

- ein Bund-Länder-Sofortprogramm zur Stärkung und Absicherung freier Jugendarbeit als Pflichtaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge
- die langfristige finanzielle Absicherung von Strukturen und Personal in der freien Jugendarbeit
- den Ausbau kommunaler Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und für die Entwicklung kinderfreundlicher Kommunalstrukturen
- die nachhaltige gesetzliche Absicherung der Förderung von Strukturen zur Begleitung von Demokratiebildung im früh-kindlichen und schulischen Bildungsbereich im Rahmen eines praxistauglichen Demokratiefördergesetzes

Fazit

Ein chancengerechtes Bildungssystem ist die Grundlage für die Verwirklichung der Kinderrechte und für eine demokratische und soziale Gesellschaft. In Deutschland hängen Bildungs- und Teilhabechancen jedoch weiterhin in hohem Maße von sozialer Herkunft, Wohnort, Behinderung oder dem Aufenthaltsstatus ab. Diese Ungleichheiten widersprechen dem Recht jedes Kindes auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung und auf bestmögliche Entwicklung. Deshalb braucht es jetzt entschlossenes politisches Handeln von Bund, Ländern und Kommunen.

Chancengerechtigkeit muss bereits in der frühen Kindheit beginnen. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Schlüssel, um Ungleichheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür braucht es ausreichend Kita-Plätze, insbesondere für Kinder unter drei Jahren und in benachteiligten Regionen. Gleichzeitig muss der Fachkräftemangel durch eine bundesweite Offensive bekämpft werden: kostenfreie und vergütete Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen sowie nach wissenschaftlichen Kriterien gestaltete bundesweit verbindliche Fachkraft-Kind-Schlüssel sind unverzichtbar, um Qualität flächendeckend sicherzustellen. Frühkindliche Bildungseinrichtungen müssen darüber hinaus Orte sein, an denen Kinderrechte, Beteiligung und Demokratie von Anfang an erfahrbar werden.

Auch die Schule trägt eine entscheidende Verantwortung für gerechte Zukunftschancen. Sie muss alle Kinder fördern, statt soziale Ungleichheiten zu verstärken. Dafür sind massive Investitionen in Gebäude, Ausstattung und multiprofessionelle Teams notwendig. Der Ausbau des Ganztags bietet eine besondere Chance, Bildungsgerechtigkeit zu stärken, wenn er nicht als bloße Betreuung verstanden wird, sondern als kinderrechtsbasierter Bildungsort mit verbindlichen Qualitätsstandards, Raum für Selbstwirksamkeit und individueller Förderung. Demokratiebildung und Beteiligung müssen dabei als zentrale Elemente

schulischer Bildung gesetzlich abgesichert werden. Ebenso ist der sofortige Zugang zu Schule und psychosozialer Unterstützung für geflüchtete Kinder zwingend notwendig.

Bildung endet nicht am Schultor. Außerschulische Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit sind unverzichtbar, um Teilhabe zu ermöglichen, soziale Benachteiligung auszugleichen und demokratische Kompetenzen zu stärken. Durch die fortschreitenden Mittelkürzungen für die präventive Jugendhilfe wird es zunehmend schwieriger, die einzigartigen Qualitäten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beispielsweise im offenen Ganztags an Schulen einzubringen und insbesondere Kinder mit sozialen Belastungen durch Beziehungsarbeit zu unterstützen. Deshalb braucht es einen Rettungsschirm für die Kinder- und Jugendarbeit, der die Bedarfe der jungen Generation in den Mittelpunkt stellt und auf verschiedenen Ebenen grundlegende Änderungen der Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland schafft. Zudem sind kinderfreundliche Kommunen mit sicheren Wegen, ausreichend Spielräumen und armutspräventiven Netzwerken ebenso entscheidend wie der Ausbau psychosozialer Hilfen, mentaler Gesundheitsangebote und verbindlicher Medienbildung.

Insgesamt zeigt sich: Die Herstellung von Chancengerechtigkeit in der Bildung ist eine staatliche Pflicht. Sie erfordert fachpolitisch sinnvolle Kooperationen und gemeinsame Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, verbindliche Standards sowie die konsequente Beteiligung von Kindern und die Ausrichtung aller Bildungsorte an den Kinderrechten. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden und allen Kindern gleiche Chancen auf Entwicklung, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben eröffnen.



III. Bildungswege durchs Jammertal: Ungleiche Chancen von Anfang an

Essay

Das Wichtigste in 5 Punkten

1. Das Recht auf Bildung ist in Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention verankert und verpflichtet die Vertragsstaaten, allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. In der Realität zeigt sich jedoch, dass es hier noch viel zu tun gibt. Vor allem sozial benachteiligte Kinder werden im deutschen Bildungssystem zu wenig gefördert.
2. Wie aktuelle Studien zeigen, gehen die Bildungswege bereits im frühkindlichen Bereich auseinander, was sich nicht zuletzt an schlechteren Rahmenbedingungen und weniger Personal in sozial belasteten Räumen zeigt.
3. Auch in der Grundschule spielt der soziale Hintergrund eine entscheidende Rolle. So werden Noten nicht nur nach der erbrachten Leistung vergeben, vielmehr spielen verschiedene Aspekte des sozialen Hintergrundes eine wichtige Rolle für den Bildungserfolg.
4. Auch Angebote der politischen Bildung und der Demokratiebildung weisen unsichtbare Schranken auf: Wer nicht von Hause aus über die notwendigen Ressourcen verfügt, droht schnell abgehängt zu werden.
5. Es braucht eine Finanzierung der genannten Bildungsbereiche, die sich an den Prinzipien sozialer Teilhabe orientieren muss. Darüber hinaus muss soziale Ungleichheit in ihren Ursachen bekämpft werden.

Bildungsgerechtigkeit zwischen Kindertageseinrichtungen, Schule und politischer Teilhabe

Holger Hofmann, Anne Lütkes, Till Mischko

Bundesgeschäftsführer, Präsidentin, Bildungs- und Kinderrechtsexperte

Die Metapher des Fahrstuhleffekts, die der Soziologe Ulrich Beck in den 1980er-Jahren in seinem Buch „Risikogesellschaft“ verwendet hatte, um die sozialen Verhältnisse in Deutschland zu veranschaulichen, wird derzeit häufig herangezogen, um deutlich zu machen, wie stark in der Gegenwart von diesem Ideal abgewichen wird. Zwar proklamierte Beck nicht, dass sozioökonomische Disparitäten obsolet geworden seien, dennoch profitierten in seiner Argumentation sämtliche Bevölkerungsschichten von den Vorzügen des sogenannten „Wirtschaftswunders“, wie beispielsweise verbesserten Bildungschancen und materiellem Wohlstand. In Becks Überlegungen bleiben die Abstände zwischen den sozialen Klassen zwar weiterhin bestehen, die gesamte Gesellschaft aber fährt mit dem Fahrstuhl nach oben und kann auf diese Weise ihre Lebensverhältnisse verbessern.² Schon damals hielt der Armutsforscher Christoph Butterwegge dieser Vorstellung das ernüchternde Bild eines Paternosters entgegen: Die einen fahren nach oben, während die anderen nach unten fahren. Arm und Reich seien strukturell miteinander verbunden und befänden sich schlicht nicht im selben Fahrstuhl.³

Von der Metapher in die Gegenwart: Die soziale Mobilität in Deutschland ist weiter auf dem Rückzug, wie eine aktuelle Studie des ifo-Instituts feststellt. Die Ergebnisse machen einmal mehr

deutlich, wie eng Bildung, ökonomische Ressourcen und der Lebensweg eines Menschen miteinander verknüpft sind. Demnach hat der Einfluss des Elterneinkommens auf den Bildungserfolg der Kinder in den letzten Jahren sogar noch zugenommen: „Die Kombination einer steigenden Ungleichheit und sinkenden Mobilität stellt eine toxische Mischung für die Chancengerechtigkeit in Deutschland dar“⁴, konstatiert Andreas Peichl, Leiter des ifo-Zentrums für Makroökonomik und Befragungen. Im internationalen Vergleich ist die Einkommensmobilität in Deutschland inzwischen ähnlich niedrig wie in den USA.⁵ Diese Befunde werden durch die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2025“ bestätigt. „Der familiäre Hintergrund“, so heißt es in der Zusammenfassung der Ergebnisse, hat weiterhin großen Einfluss auf die Bildungschancen. Die PIAAC-Ergebnisse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Tertiärabschluss zu erreichen, in Deutschland, wie in vielen anderen OECD-Ländern, bei jungen Erwachsenen, deren Eltern keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben, deutlich geringer ist als bei denjenigen, deren Eltern über einen Tertiärabschluss verfügen. In Deutschland erreicht etwa ein Fünftel der jungen Erwachsenen mit Eltern ohne Sekundarbereich-II-Abschluss einen Tertiärabschluss, verglichen mit etwa drei Fünftel der jungen Erwachsenen mit mindestens einem tertiär gebildeten Elternteil.⁶

2 Siehe hierzu Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp: Frankfurt am Main.

3 Vgl. Arte Magazin (2023): „Die Mitte gerät unter Druck.“ Interview mit Christoph Butterwegge. Abrufbar unter: <https://www.arte-magazin.de/angst-vor-armut/>; Zugriff 04.02.2026.

4 Vgl. Ifo-Institut (2025): Soziale Mobilität in Deutschland geht zurück. Abrufbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-09-05/soziale-mobilitaet-deutschland-geht-zurueck>; Zugriff 04.02.2026.

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development (2025): Bildung auf einen Blick: Deutschland. Abrufbar unter: https://www.oecd.org/de/publications/2025/09/education-at-a-glance-2025-country-notes_9749f4ff/germany_52735cfb.html; Zugriff 04.02.2026.

Ein höherer Bildungsabschluss senkt das Risiko, arbeitslos zu werden, und kann zu einem höheren Verdienst führen. Vor diesem Hintergrund ist ein Abschluss im Sekundarbereich II, zu dem beispielsweise Fachschulen, Berufsschulen und Gymnasien gehören, besonders wichtig. So sind 9,3 Prozent der jungen Erwachsenen ohne entsprechenden Abschluss erwerbslos. Unter den jungen Erwachsenen mit Abschluss im Sekundarbereich II oder postsekundären, nicht tertiären Bereich, also beispielsweise Berufsfachschulen, sind es im Vergleich 3,3 Prozent, unter jungen Erwachsenen mit Tertiärabschluss 3,5 Prozent.⁷

*Artikel 28 der
UN-Kinderrechtskonvention
verpflichtet die Vertragsstaaten, allen
Kindern einen gleichberechtigten
Zugang zu Bildung zu ermöglichen.*

Bei der Diskussion um Bildungsgerechtigkeit geht es aber um mehr als bloße Zahlen: Gute Bildung befähigt Kinder ihre Welt zu hinterfragen, Probleme zu lösen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Darüber hinaus stärkt Bildung das Selbstwertgefühl und kann dazu beitragen, Konflikte auf friedliche Weise zu lösen. So ist es kein Zufall, dass das Recht auf Bildung zu den zentralen Kinderrechten zählt und sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch in der UN-Kinderrechtskonvention fest verankert ist: Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen.⁸

Startbedingungen, die Weichen stellen – Armut, Region und Migrationsgeschichte als unsichtbare Hürden

Dabei ist der Zugang zu Bildung im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich in Deutschland höchst ungleich verteilt. Vor allem soziale Benachteiligungen wirken exkludierend und können sich in negativer Weise auf den gesamten Lebensweg eines Menschen auswirken. Wie dramatisch die Lage ist, zeigen die Zahlen: Mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Besonders gefährdet sind Kinder und Jugendliche, die in alleinerziehenden Familien oder Mehrkindfamilien aufwachsen, d.h. zwei und mehr Geschwister haben.⁹ Oftmals wird der Bildungsweg von Kindern dabei durch Vorurteile über ihre soziale Herkunft bestimmt. So wird ihnen beispielsweise empfohlen, eine Haupt- oder

Realschule zu besuchen, weil Lehrer*innen davon ausgehen, dass sie auf einer höheren Schule nicht bestehen würden. Diese Zuschreibungen übernehmen die Kinder häufig selbst und verinnerlichen, was von ihnen erwartet wird. Vor diesem Hintergrund wird es später deutlich schwerer, sich aus eigener Kraft heraus für einen höheren Bildungsweg zu entscheiden.¹⁰ Andere Aspekte, die im Bildungssystem Ausschlüsse aufgrund der sozialen Herkunft begünstigen, betreffen beispielsweise die materielle Ausstattung. Dabei wird oft nicht beachtet, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien sich teure Lernmaterialien oder digitale Geräte nicht leisten können, was zu Stigmatisierungen durch Mitschüler*innen und

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Vgl. auch Deutsches Kinderhilfswerk (2018): UN-Kinderrechtskonvention. Artikel 28: Recht auf Bildung. Abrufbar unter: <https://www.kindersache.de/bereiche/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention/artikel-28-recht-auf-bildung>; Zugriff 16.02.2026.

⁹ Vgl. Funcke, Antje / Menne, Sarah (2023): Kinder- und Jugendarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 1 ff. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>; Zugriff 30.07.2025.

¹⁰ Heinrich-Böll-Stiftung: Klassismus ist ... Abrufbar unter: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/plakat_klassismus.pdf; Zugriff 30.07.2025.

das pädagogische Personal führen kann. Dies kann bei betroffenen Kindern Schamgefühle und Vermeidungsverhalten auslösen.¹¹

Auch regionale Unterschiede werden bei bildungspolitischen Diskussionen um Ungleichheiten noch immer zu selten thematisiert. Während Kinder in urbanen Räumen meist von einer dichten Bildungsinfrastruktur profitieren, ist der Zugang zu Bildung in ländlichen Regionen häufig erschwert: Schulen und Kindertageseinrichtungen liegen oft weit auseinander, die Auswahlmöglichkeiten sind begrenzt und der öffentliche Nahverkehr mitunter nur unzureichend ausgebaut. Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien kann dies die Teilnahme an Ganztagsangeboten, Förderprogrammen oder dem Nachhilfeunterricht erheblich einschränken. Zudem sind Angebote der non-formalen Bildung wie Jugendfreizeitstätten, Musikschulen, Bibliotheken oder Einrichtungen der offenen Jugendarbeit auf dem Land deutlich seltener oder schwerer erreichbar.¹² Diese Angebote sind jedoch ein wichtiger Bestandteil des in der Kinderrechtskonvention verankerten Rechts auf ganzheitliche Persönlichkeitsförderung. Wenn Kindern aufgrund ihres Wohnortes der Zugang zu solchen Bildungsräumen verwehrt bleibt, wird ihr Recht auf Bildung auch in seiner sozialen und kulturellen Dimension beeinträchtigt.¹³

Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte, und hier insbesondere geflüchtete Kinder und Jugendliche, sind in besonderem Maße von Bildungsbarrieren betroffen. Sprachliche Hürden sind dabei eine der größten Herausforderungen. Zwar existieren in Deutschland Programme zur Sprachförderung, diese sind jedoch nicht

flächendeckend in ausreichendem Maße ausgebaut. Ohne angemessene Unterstützung können Kinder dem Unterricht nur eingeschränkt folgen, was sich negativ auf ihre schulischen Leistungen und ihren weiteren Bildungsweg auswirkt. Bildung ist in solchen Fällen zwar formal zugänglich, kann jedoch nur unzureichend genutzt werden.¹⁴

Hinzu kommen institutionelle Benachteiligungen. Studien zeigen, dass etwa Kinder mit Migrationsgeschichte bei gleichen Leistungen seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder ohne entsprechenden Hintergrund. Vorurteile, niedrigere Leistungserwartungen und strukturelle Diskriminierung beeinflussen Bildungsentscheidungen und verfestigen soziale Ungleichheiten. Dies stellt eine Verletzung des in der



11 Vgl. Funcke/Menne: Kinder- und Jugendarmut, S. 5 ff.

12 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2021): Kreativ am Nachmittag – Wie vielfältige Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche auf dem Land entstehen. Abrufbar unter: <https://www.berlin-institut.org/presse/detail/kreativ-am-nachmittag-wie-vielfaeltige-bildungsangebote-fuer-kinder-und-jugendliche-auf-dem-land-entstehen>; Zugriff 10.03.2026.

13 Siehe weiterführend beispielsweise Heller, Anne / Ewert, Stefan (2021): Bildung in ländlichen Räumen und die Rolle der Lehrerbildung. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/335923/bildung-in-laendlichen-raeumen-und-die-rolle-der-lehrerbildung/>; Zugriff 16.02.2026.

14 Weiterführend: Borgna, Camillia (2023): Migration und Bildung in Europa. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/303485/migration-und-bildung-in-europa/>; Zugriff 16.02.2026.

UN-Kinderrechtskonvention verankerten Diskriminierungsverbots dar.¹⁵

Ein weiteres Hindernis ist vor diesem Hintergrund der eingeschränkte Zugang zu Informationen. Viele Eltern, vor allem mit Migrationsgeschichte, sind mit dem deutschen Bildungssystem nicht ausreichend vertraut. Wenn Informationsmaterialien und Beratungsangebote überwiegend auf Deutsch verfügbar sind oder unterstützende Strukturen fehlen, können Eltern ihre Kinder nur eingeschränkt begleiten. Dadurch werden beispielsweise wichtige Entscheidungen über den Bildungsweg ihrer Kinder nicht auf Grundlage gleicher Informationen getroffen.¹⁶

Dass Bildungsungleichheiten in Deutschland strukturelle Ursachen haben, verdeutlicht auch der zuletzt 2025 veröffentlichte Kinderrechte-Index des Deutschen Kinderhilfswerkes. Er zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung, beispielsweise in der Ausstattung von

Dass Bildungsungleichheiten in Deutschland strukturelle Ursachen haben, verdeutlicht auch der zuletzt 2025 veröffentlichte Kinderrechte-Index des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Schulen, der Verfügbarkeit von Ganztagsangeboten, der frühkindlichen Förderung und der Unterstützung benachteiligter Kinder. Bundesländer mit besseren finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen schneiden dabei in vielen Fällen deutlich besser ab als strukturschwächere Regionen. Diese föderalen Unterschiede führen dazu, dass die Verwirklichung des Rechts auf Bildung stark vom Wohnort abhängt. Aus Sicht der

UN-Kinderrechtskonvention ist dies problematisch, da Kinderrechte universell gelten.¹⁷

So ist das Recht auf Bildung in Deutschland zwar rechtlich normiert, in der Praxis jedoch durch vielfältige Zugangsbarrieren eingeschränkt. Regionale Infrastrukturunterschiede und die Benachteiligung bestimmter Gruppen verhindern gleiche Bildungschancen. Ein wirksamer Schutz des Rechts auf Bildung erfordert daher mehr als eine formale Schulpflicht. Notwendig sind gezielte Maßnahmen zum Abbau struktureller Ungleichheiten und Diskriminierungen, damit Bildung in Deutschland tatsächlich zu einem Recht für alle Kinder wird.

Frühe Schritte, unterschiedliche Pfade

In der Diskussion über Bildungschancen wird häufig unterschätzt, dass Bildungsungleichheiten bereits im Vorschulalter entstehen. So zeigen sich laut einer aktuellen Studie des Leibniz-Instituts signifikante Unterschiede in der Sprachverwendung, gemessen an der Anzahl gesprochener Wörter, von Kindern, die durch den sozialen

Hintergrund ihrer Eltern beeinflusst werden. Die Analyse legt nahe, dass Eltern mit sozioökonomischen Herausforderungen, wie beispielsweise einem geringen Einkommen oder einem niedrigen Schulabschluss, aufgrund verschiedener Stressoren oft weniger dazu in der Lage sind, entwicklungsförderlich auf ihre Kinder einzugehen. Die

15 Siehe auch: Edelstein, Benjamin (2024): So prägt der Zuwanderungshintergrund die Chance, ein Gymnasium zu besuchen – ein Zeitvergleich. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/557877/so-praegt-der-zuwanderungshintergrund-die-chance-ein-gymnasium-zu-besuchen-ein-zeitvergleich/>; Zugriff 16.02.2026.

16 Siehe dazu auch: GEW (2016): Bildung in der Migrationsgesellschaft. Institutionelle und professionelle Herausforderungen – GEW-schaftliche Handlungsperspektiven. Abrufbar unter: <https://www.gew-berlin.de/fileadmin/media/publikationen/be/Schule/Diskriminierungsschutz/201606-Doku-Bildung-Migrationsgesellschaft-2015-web.pdf>; Zugriff 16.02.2026.

17 Siehe Deutsches Kinderhilfswerk (2025): Kinderrechte-Index 2025. Abrufbar unter: <https://www.dkhw.de/informieren/unsere-themen/kinderrechte/kinderrechte-index/>; Zugriff 16.02.2026.

Autor*innen der Studie weisen zugleich darauf hin, dass diese Problematik sogar noch unterschätzt sein könnte, da die Untersuchungsschichtprobe nicht schwerpunktmäßig risikobehaftete Familien in den Blick genommen hat. „Unsere Studie zeigt deutlich, dass Unterschiede in der kindlichen Entwicklung schon in frühester Kindheit entstehen. Ziel muss es sein, allen Kindern gerechtere Bildungschancen zu ermöglichen und deshalb Eltern in Risikosituationen so frühzeitig wie möglich Unterstützung zukommen zu lassen, um ungleiche Startbedingungen auszugleichen“, so Manja Attig.¹⁸

*In der Diskussion über
Bildungschancen wird
häufig unterschätzt, dass
Bildungsungleichheiten bereits
im Vorschulalter entstehen.*

Angebote der Kindertagesbetreuung wahrnehmen als sozial benachteiligte Kinder. Zum anderen bieten Kindertageseinrichtungen mit einem großen Anteil der letztgenannten Gruppe oft deutlich schlechtere Rahmenbedingungen. Am Ende sind es so vor allem Kinder aus privilegierten Familien, die von der Kinderbetreuung profitieren.²⁰

Hierfür gibt es mehrere Gründe, die in den Kindertageseinrichtungen eine ungünstige Dynamik annehmen können und stark vom

Die frühe Bildung wurde von der Politik erst ab den 2000er-Jahren infolge schlechter Pisa-Ergebnisse als wichtiges Bildungsfeld in den Blick genommen. Allerdings zeigt sich auch hier deutlich, dass der Zugang zu Kindertageseinrichtungen bestimmten Auswahlprozessen unterliegt, was insbesondere für Kinder unter drei Jahren bei mangelndem Platzangebot gilt. Dabei muss festgestellt werden: Trotz des gültigen Rechtsanspruchs haben sozial benachteiligte Kinder geringere Chancen auf eine frühe Betreuung.¹⁹

Vor diesem Hintergrund bestehen aus Sicht unserer Kinderrechtsorganisation erhebliche Zweifel daran, dass das frühkindliche Bildungssystem momentan in der Lage ist, seinem gesetzlichen Auftrag zum Abbau von Benachteiligungen nachzukommen. So lässt sich zum einen beobachten, dass Kinder aus ressourcenstarken Familien signifikant früher



18 Vgl. Leibniz-Gemeinschaft (2025): Frühe Weichenstellung. Abrufbar unter: <https://www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/neues/forschungsnachrichten/forschungsnachrichten-single/newsdetails/wie-das-elternhaus-bildungschancen-praegt-fruehe-unterstuetzung-in-der-bildung>; Zugriff 04.02.2026.

19 Vgl. bildungsklick (2025): Gleiches Recht für alle? Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/fruehe-bildung/detail/bildungsgerechtigkeit-kita-interview>; Zugriff 16.02.2026.

20 Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (2024): Gerechtigkeit von Anfang an. Ein Sozialindex für Kindertageseinrichtungen. Berlin, S. 5. Abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/broschuere_Kita_Sozialindex-2025_web.pdf; Zugriff 16.02.2026.



jeweiligen Sozialraum abhängen. Vor allem ganztägige Angebote werden primär von ressourcenstarken Familien genutzt, was dazu führt, dass in diesen Einrichtungen aufgrund des erhöhten Betreuungsumfanges auch eine günstigere Personalausstattung vorhanden ist. Gleichzeitig werden dabei die Betreuungszeiten häufig nicht vollständig wahrgenommen, wodurch Einrichtungen mit vielen Kindern, die über entsprechende Betreuungsumfänge verfügen, deutlich mehr Gestaltungsspielraum im Einsatz des Personals haben.²¹

Ausgehend davon, dass in Einrichtungen mit einer erhöhten Anzahl sozial benachteiligter Kinder bestimmte Bedarfe, wie etwa eine höhere sozialpädagogische Unterstützung, besonders

gefordert sind, verstärken sich die erforderlichen Personalressourcen noch einmal deutlich. Dabei ist beispielsweise die Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder oft herausfordernder, was sich u.a. auf Verständigungsschwierigkeiten (nicht nur aufgrund von Migration), unterschiedliche Erziehungsvorstellungen und bürokratischen Aufwand zurückführen lässt. So nimmt beispielsweise die Abrechnung von BuT-Leistungen viel Zeit in Anspruch und die Abstimmung mit Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein weiterer Zeitfaktor im pädagogischen Alltag.²²

Diese Belastungen führen schließlich in der Summe dazu, dass Einrichtungen mit einer erhöhten Anzahl sozial benachteiligter Kinder als weniger ansprechendes Arbeitsumfeld wahrgenommen werden, was zu mehr unbesetzten Stellen und weniger qualifizierten Bewerber*innen führen kann. Um den Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten in Kindertageseinrichtungen zu verbessern, braucht es auch daher verschiedene Maßnahmen, um die unterschiedlichen Bereiche des frühkindlichen Bildungssystems zu verbessern.²³

Dabei ist ganz klar: Es kann nicht gleichzeitig eine Ökonomisierung und eine Professionalisierung des Kita-Systems stattfinden. Um eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen und gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften zu gewährleisten, braucht es finanzielle Mittel statt Einsparungen, wozu eine weitreichende Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen dringend erforderlich ist. Die bereitzustellenden Finanzmittel müssen entsprechend für qualitative Verbesserungen der Betreuung und Bildung, insbesondere der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, aufgewendet werden.²⁴

Denkt man diese Forderungen weiter, braucht es vor allem solidarische Verteilungsschlüssel

21 Vgl. ebd., S. 9.

22 Vgl. ebd., S. 9.

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen – Unsere Forderungen, S. 4 f. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.3_Im_Ueberblick/Politische_Positionen/Kernforderungen/Kernforderungspapier_Fachkraeftemangel_2026.pdf; Zugriff 04.02.2026.

finanzieller Mittel, die den sogenannten Königsteiner Schlüssel ablösen und die dazu beitragen, bestehende Ungleichheiten im Zugang zu frühkindlicher Bildung einzudämmen. Dabei muss auch die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Bundesländer bei vergleichbarer sozioökonomischer Bevölkerungsstruktur miteinbezogen werden. Die Berechnung sollte auf Grundlage von Haushaltsdaten sowie aktuellen bevölkerungs- und sozialstatistischen Daten der Länder zielgruppengerecht erfolgen. Da Gebiete mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder häufig besonders unter unzureichenden Angeboten und fehlendem Personal leiden, können sie so bei der Finanzierung priorisiert werden.²⁵

Darüber hinaus braucht es einen bundesweiten, verbindlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel, der bei der Betreuung von unter dreijährigen Kindern 1:3, bei der Betreuung von über dreijährigen Kindern 1:7 betragen sollte.²⁶ Besonders in Einrichtungen, in denen viele Kinder von sozialen Benachteiligungen betroffen sind, ist eine Anpassung des Fachkraft-Kind-Schlüssels notwendig. Untersuchungen zeigen, dass insbesondere in sozial belasteten Einrichtungen kleinere Gruppen und stabile Bezugspersonen die Entwicklung der Kinder deutlich positiv beeinflussen.²⁷

Zugleich muss das Ausbildungsangebot vereinheitlicht und ausgebaut werden. Dabei darf es jedoch nicht zu einer Herabsetzung des

Qualifikationsniveaus kommen, was eine Ausweitung der Ausbildungs- und Lehrkapazitäten an den Fachakademien für Sozialpädagogik und einen Ausbau der Studienplätze im Bereich Frühpädagogik voraussetzt. Um die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhöhen, sollte die Ausbildung zudem angemessen vergütet werden und bundesweit kostenfrei sein.²⁸

Neben diesen Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, die sich vorrangig an die Politik richten, stellen soziale Ungleichheiten in der pädagogischen Praxis eine tägliche Herausforderung dar, die von den Pädagog*innen bewältigt werden muss. Leider werden Themen wie Armut und Ungleichheit in den Curricula der Fachschulen kaum genannt. Eine gute Vorbereitung auf diese Themen wäre jedoch notwendig, um die Reflexionsfähigkeit und den

Umgang mit sozial benachteiligten Kindern zu stärken.²⁹

Anregungen und Hilfestellungen hierfür lassen sich beispielsweise in der vom Deutschen Kinderhilfswerk herausgegebenen Publikation „Partizipation als Privileg? Klassismus und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtbasierter Demokratiebildung“³⁰ finden. Der kritische Austausch im Team wird dabei als Basis verstanden, sich mit Bildungsungleichheiten in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen auseinanderzusetzen

Es kann nicht gleichzeitig eine Ökonomisierung und eine Professionalisierung des Kita-Systems stattfinden. Um eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen und gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften zu gewährleisten, braucht es finanzielle Mittel statt Einsparungen.

25 Vgl. ebd.

26 Vgl. ebd., S. 6.

27 Vgl. auch Der Paritätische Gesamtverband (2025): Ungleichheit von Anfang an. Bericht zu Armut und Kita-Betreuung. Berlin, S. 16. Abrufbar unter: Bericht_zu_Armut_und_Kita-Betreuung_2025.pdf; Zugriff 05.03.2026.

28 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen – Unsere Forderungen, S. 5.

29 Vgl. bildungsklick (2025): Gleiches Recht für alle? Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/fruehe-bildung/detail/bildungsgerechtigkeit-kita-interview>; Zugriff 16.02.2026.

30 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2023): Partizipation als Privileg? Klassismus und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtbasierter Demokratiebildung. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/user_upload/DKHW_Schriftenreihe_Klassismus_WEB.pdf; Zugriff 16.02.2026.

und mit Eltern, Kindern und Kolleg*innen in den Dialog zu treten.³¹ Demnach sollte das Personal die soziale Herkunft der Kinder einschätzen können und diese bei der Planung des Tagesablaufs und in Bildungsangeboten einbeziehen. Auch sollten alle Kinder dieselben Möglichkeiten haben, an Bildungsangeboten teilzunehmen. Zudem ist

es ratsam, Vorurteile gegenüber sozial benachteiligten Kindern und ihren Familien in Gesprächen aufzugreifen und zu hinterfragen. Nicht zuletzt sollten Unterstützungsmöglichkeiten für sozial benachteiligte Familien bekannt sein – und Eltern und Kinder könnten auf eine sensible Art und Weise darauf angesprochen werden.³²

Schon in der Grundschule – Weichenstellung für den Bildungsweg



Nach dem vierten Schuljahr (in Berlin und Brandenburg nach dem sechsten Schuljahr) werden Schüler*innen auf die unterschiedlichen Bildungsgänge weiterführender Schulen verteilt. Die Schulformen der Sekundarstufe, wozu Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium gehören, ermöglichen verschiedenwertige Abschlüsse.³³ Damit wird eine frühe Weichenstellung für den Bildungsweg der Schüler*innen vorgenommen, die maßgeblich auf die ihre Entwicklungschancen Einfluss nimmt. Demgegenüber besteht in der Forschung weitgehend Einigkeit darüber, dass die tatsächliche Zuweisung von Schüler*innen nach der Grundschule nicht ausschließlich nach den erbrachten Leistungen vorgenommen wird, sondern in hohem Maße von ihrer sozialen Herkunft abhängig ist.³⁴

Damit Eltern, die über eine privilegierte Ressourcenlage verfügen, sich nicht die (ihrer Ansicht nach) beste Grundschule aussuchen können, wodurch sich Ungleichheit verfestigt, wird in Deutschland über Einzugsgebiete geregelt, welche Grundschule ein Kind grundsätzlich besuchen soll. Auch hier gibt es jedoch einen Haken: So wirkt sich die soziale Segregation deutscher Städte negativ auf die soziale Zusammensetzung

31 Vgl. Ilg, Marvin (2023): Auf die Haltung kommt es an – Reflexion als Grundlage einer klassismussensiblen Pädagogik in der Kita. In: Deutsches Kinderhilfswerk: Partizipation als Privileg? Klassismus und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtbasierter Demokratiebildung. Berlin, S. 43. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/user_upload/DKHW_Schriftenreihe_Klassismus_WEB.pdf; Zugriff 04.02.2026.

32 Vgl. ebd., S. 44.

33 Vgl. Breidenstein, Georg (2023): Ungleiche Grundschulen und das Versprechen der „Leistungsgerechtigkeit“ im Schulsystem. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/509295/ungleiche-grundschulen-und-das-versprechen-der-leistungsgerechtigkeit-im-schulsystem/>; Zugriff 04.02.2026.

34 Vgl. ebd.

der Schüler*innen aus. Dabei spiegeln Schulbezirke, in denen viele sozial benachteiligte Kinder leben, dies auch in den Klassen wider. Andersherum arbeiten manche Schulen überwiegend mit Kindern, deren Familien über eine günstige Ressourcenlage verfügen.³⁵

Die hier beschriebene Ungleichheit hat in den letzten Jahren eine Verstärkung erfahren, da ein Teil der – vor allem privilegierten – Elternschaft die Wahl der Grundschule als individuelle Entscheidung auffasst. Dies wird mitunter über sogenannte Gastschulanträge oder vermeintliche Umzüge realisiert, womit die Schule des jeweiligen Einzugsgebietes vermieden werden soll. Zudem erleben Privatschulen, vor allem im Primarbereich, eine erhöhte Nachfrage, wobei auch die Ausrichtung des pädagogischen Konzepts der Schule eine wesentliche Rolle für die Wahl der Eltern spielt.³⁶

Die Auswirkungen sozialer Ungleichheiten werden bisher vor allem im Übergang zum Sekundarschulwesen diskutiert. Unterschiede zwischen Grundschulen, die Ungleichheiten erzeugen oder verfestigen, werden eher selten thematisiert. Gegenwärtig lässt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Forschungslage nicht mit Bestimmtheit sagen, welche Wirkungen der Primarbereich in diesem Zusammenhang erzeugt. Es ist aber aufgrund der vorhandenen Befunde davon auszugehen, dass es der Primarstufe gelingt, tatsächlich gleiche Chancen für alle Kinder im Bildungssystem zu schaffen.³⁷

Vor allem sollte die gesellschaftliche Debatte um Bildungsungleichheiten im Primarbereich dazu führen, dass, vorrangig die Grundschulen gefördert werden, die von vielen sozial benachteiligten Kindern besucht werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Berechtigung für schulische Selektion insgesamt neu verhandelt werden. Es ist kaum zu bestreiten, dass die frühe Verteilung von Kindern auf unterschiedliche Bildungsstufen mit Vorstellungen von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit nur schwer zu vereinbaren ist. Vor allem sollte die gesellschaftliche Debatte um Bildungsungleichheiten im Primarbereich dazu führen, dass, wie weiter oben bereits bei der Betrachtung der vorschulischen Bildung ausgeführt, vorrangig die Grundschulen gefördert werden, die von vielen sozial benachteiligten Kindern besucht werden. Dazu braucht es insgesamt eine bessere Finanzierung, kleinere Klassen und speziell ausgebildete Lehrkräfte.³⁸

Ein Versuch, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, wird mit dem sogenannten Startchancenprogramm der Bundesregierung angestrebt, das sich vor allem an Schulen richtet, die von vielen sozial benachteiligten Kindern besucht werden. Dabei handelt es sich um das größte Bildungspro-

gramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, bei dem Bund und Länder gemeinsam investieren. Rund 4.000 Schulen und etwa eine Million Schüler*innen sollen so unterstützt werden. Gefördert werden zum Beispiel eine modernere Aus-

stattung, mehr Personalressourcen und eine bessere Infrastruktur. Auch zusätzliche Fachkräfte wie Schulsozialarbeiter*innen und andere pädagogische Unterstützungsteams sollen eine individuelle Förderung von Schüler*innen verbessern. Ein erklärtes Ziel besteht zudem darin, Basiskompetenzen in Lesen, Schreiben und Mathematik zu fördern.³⁹ Für das Programm wird auf die Expertise von Wissenschaft, Schulpraxis und Bildungsadministration gesetzt. Dabei besteht eine

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. ebd.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. hierzu: Startchancenprogramm. Abrufbar unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterstuetzung/startchancen-programm/>; Zugriff 16.02.2026.

Neuerung gegenüber früheren Programmen auch darin, dass ein eigenständiges Forschungskonsortium mit einer Wirkungsevaluation des Programms beauftragt wurde.⁴⁰

Auch das 2021 beschlossene Ganztagsförderungsgesetz soll für sozial benachteiligte Kinder und ihre Familien entlastend wirken. Das Gesetz soll ab dem Schuljahr 2026/27 einen Rechtsanspruch für Erstklässler*innen sicherstellen, ab dem Schuljahr 2029/30 haben dann alle Schüler*innen der Klassen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Bei der Umsetzung des Gesetzes kann jedoch mit verschiedenen Herausforderungen gerechnet werden, die die Gewährleistung von ausreichend qualifiziertem Personal und die Vergabegerechtigkeit bei der Platzvergabe betreffen. Gerade Letzteres könnte für Unstimmigkeiten sorgen, denn wenn nicht allen Kindern ein Platz bereitgestellt werden kann, bleibt offen, wie diese verteilt werden. Eine Sorge besteht darin, dass dann die Klagebereitschaft ressourcenstarker Eltern über die Platzvergabe entscheidet.⁴¹

Zweifelloos kann die Ganztagsbetreuung positive Effekte auf den Bildungsweg haben, sofern sie über die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gute Umsetzung verfügt. Dies vorausgesetzt, können Kinder mit mehr Lernzeit besser gefördert werden und sind nicht auf Eltern angewiesen, die sie bei den Hausaufgaben unterstützen oder über genügend finanzielle Mittel für Nachhilfeunterricht verfügen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Schularbeiten vor Ort zu erledigen, was vor allem

für die Kinder vorteilhaft ist, die zu Hause über wenige Rückzugsmöglichkeiten verfügen. Zudem gibt es in Ganztagschulen Raum für kulturelle Angebote wie beispielsweise Musik-AGs, Sport und Theater. Allerdings führen die Angebote nicht von selbst zu mehr Bildungsgerechtigkeit, dringend benötigt werden vielmehr qualifiziertes Personal und gute pädagogische Konzepte.⁴²

Unabhängig von Gesetzen und Förderungen, können die Schulen selbst Maßnahmen ergreifen, um Ungleichheiten entgegenzuwirken. So haben beispielsweise viele Kinder nicht die Möglichkeit, zu Hause in Ruhe zu lernen, wofür von den Schulen Räume zur Verfügung gestellt werden könnten, die nachmittags zum Lernen geöffnet sind. Diese sollten eine ruhige Atmosphäre für die Stillarbeit, Internetzugang und eine Person, die bei Bedarf bei den Hausaufgaben und beim Lernen helfen kann, gewährleisten. Ein weiterer Aspekt betrifft schulische Kosten, die etwa Kopien, Ausflüge und Lernmaterialien betreffen und die für



40 Vgl. auch Geweke, Jakob / Edelstein, Benjamin (2025): Das Startchancen-Programm von Bund und Ländern. Grundzüge und Diskussionspunkte im Kontext des Anspruchs einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung, S. 31. Abrufbar unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2025/34204/pdf/Geweke_Edelstein_2025_Das_Startchancen-Programm.pdf?utm_source=Krautreporter+Newsletter&utm_campaign=7bc35c1318-WEIRD_03_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_9ed711293a-7bc35c1318-220095797; Zugriff 16.02.2026.

41 Vgl. Verband Bildung und Erziehung e.V. (2026): Rechtsanspruch schützt vor Qualitätsdiskussion nicht. Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/schule/detail/rechtsanspruch-ganztagsbetreuung-forsa-umfrage>; Zugriff 16.02.2026.

42 Siehe auch: Ifo-Institut (2025): Ganzttag in Grundschulen erhöht Chancen auf Gymnasium. Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/schule/detail/ganzttag-grundschulen-chancen-gymnasium>; Zugriff 16.02.2026.

zahlreiche Familien eine finanzielle Herausforderung darstellen. Da sich viele Schulen diesen Belastungen noch immer nicht bewusst sind, muss sich darüber verständigt werden, welche Gesamtbelastung innerhalb eines Schuljahres auf die Schüler*innen bzw. die Eltern zukommt. Zwar

kann eine Unterstützung bei der Beantragung von Teilhabeleistungen hilfreich sein, zuträglicher ist es jedoch, wenn Schulen insgesamt die Kosten für Familien senken. Dies betrifft auch das Schulesen, das kostengünstig oder im besten Fall kostenfrei angeboten werden sollte.⁴³

Bildung und politische Teilhabe: Wer bleibt zurück?

Ein nicht zu unterschätzender Bereich in der Debatte um Bildungsgerechtigkeit betrifft die politische Bildung und die Demokratiebildung. In Zeiten politischer Polarisierung und steigender Demokratiefeindlichkeit⁴⁴ hat dieser Bereich zweifelsohne an Wichtigkeit zugenommen. Entsprechende Angebote sollten Kinder und Jugendliche über ihre Lebenswelt erreichen. Dabei sollten diese zum einen Wissen über demokratische Funktionsweisen, Werte und Normen vermitteln, aber auch Bildungsinstitutionen zu einem Raum demokratischer Teilhabemöglichkeiten machen, in dem jede Person ein Recht auf Mitsprache besitzt. Dazu gehört es, Rechte umzusetzen und sich für die Rechte anderer einzusetzen sowie Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen.⁴⁵

Ein gelungenes Beispiel in diesem Kontext ist das Projekt „Kinderrechtesschulen“ des Deutschen Kinderhilfswerkes. Dabei werden

Bildungsinstitutionen insgesamt als zentrale Orte der Demokratiebildung zu stärken, bedeutet insbesondere, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in umfassendem Maße zu ermöglichen, zu fördern und zu begleiten.

bundesländerübergreifend ausgewählte Grundschulen bei der Vermittlung und Umsetzung von Kinderrechten fachlich begleitet und unterstützt. Zentrale Zielstellung ist, die Kinderrechte zu einem Leitgedanken ihrer Einrichtung zu machen und die Mitbestimmung von Kindern nachhaltig im Schulalltag zu verankern. Wichtig ist dabei vor allem, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechte mit den Schüler*innen nicht nur abstrakt zu diskutieren, sondern sie konkret auf ihre eigene Lebenswelt zu beziehen und die Kinderrechte im Schulalltag gemeinsam zu verwirklichen.⁴⁶

Generell kann festgestellt werden, dass auch auf

dem Gebiet der politischen Bildung und der Demokratiebildung in Schulen keinesfalls von Chancengleichheit gesprochen werden kann. So sind es Schüler*innen, die von Haus aus über ein hohes Maß an Bildung verfügen, die

43 Vgl. Knop, Julian (2023): Bildungsräume klassismussensibel gestalten. Handlungsmöglichkeiten für die schulische Praxis. In: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (Hrsg.): Themendossier Klassismus in Schulen. Berlin, S. 12. Abrufbar unter: https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2024/09/themendossier_klassismus_in_schulen_web_01.pdf; Zugriff 30.07.2025.

44 Siehe hierzu Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Kinderreport Deutschland 2024. Demokratiebildung in Deutschland. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderreport/Kinderreport_2024/DKHW_Kinderreport_2024.pdf; Zugriff 16.02.2026.

45 Vgl. Achour, Sabine / Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin, S. 14. Abrufbar unter: <https://collections.fes.de/publikationen/id/454127>; Zugriff 04.02.2026.

46 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2025): Zur Förderung von Demokratiekompetenz bei Kindern und Jugendlichen Ein Positionspapier des Deutschen Kinderhilfswerkes, S. 3. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.3_Im_Ueberblick/Politische_Positionen/DKHW_Positionspapier_Demokratiekompetenz_bei_Kindern_und_Jugendlichen.pdf; Zugriff 04.02.2026.



Politikkompetenz derjenigen gefördert werden, die von Benachteiligungen betroffen sind und deren geringe Teilhabemöglichkeiten sich mitunter auch in ihren politischen Einstellungen und ihrem Engagement wiederfinden.⁴⁸

Wie der Kinderreport 2024 des Deutschen Kinderhilfswerkes deutlich gemacht hat, fühlt sich nur die Hälfte aller Kinder ausreichend über demokratische Prozesse informiert.⁴⁹ Es muss also dringend auch an diesem Punkt, also in der außerschulischen Bildung, angesetzt werden. Dazu braucht es eine gesetzlich abgesicherte Demokratieförderung, die eine nachhaltige und verbindliche finanzielle Förderstruktur schafft. Insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen bedarf es zielgruppengerechter Angebote. Dabei muss ein Demokratiefördergesetz sowohl zivilgesellschaftliche Projekte fördern als auch den rechtlichen Rahmen sicherstellen, der Demokratiebildung von Beginn an stärkt. Dies alles kann nur durch einen gesetzlichen Auftrag des Bundes erreicht werden, der die Förderung und Stärkung der Demokratie, der politischen Bildung und der Demokratieerziehung festschreibt.⁵⁰

Partizipationsangebote häufiger in Anspruch nehmen, zudem ist ihr Vertrauen in die Demokratie insgesamt höher. Auf diese Weise laufen die Angebote Gefahr, zu einem elitären Projekt zu werden, von dem einseitig Kinder und Jugendliche mit einem entsprechenden Bildungshintergrund profitieren.⁴⁷

Klar ist, dass Demokratie politisch gebildete Demokrat*innen in allen Schulformen braucht, sowohl bei den pädagogischen Fachkräften als auch bei den Schüler*innen. Es muss also, wenn es um Bildungsbenachteiligungen geht, auf Schüler*innenseite vor allem die

Bildungsinstitutionen insgesamt als zentrale Orte der Demokratiebildung zu stärken, bedeutet insbesondere, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in umfassendem Maße zu ermöglichen, zu fördern und zu begleiten. Neben den Institutionen der formalen Bildung, zu denen neben Kindertagesstätten und Schulen explizit auch Horte und Berufsschulen zu zählen sind, kommt den Orten der außerschulischen Bildungsarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext der Demokratiebildung eine besondere Rolle zu. Erforderlich ist ein flächendeckender Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere in strukturschwachen Regionen und im ländlichen

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 188 f.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 189.

⁴⁹ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Kinderreport Deutschland 2024. Demokratiebildung in Deutschland. Berlin, S. 16. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderreport/Kinderreport_2024/DKHW_Kinderreport_2024.pdf; Zugriff 16.02.2026. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderreport/Kinderreport_2024/DKHW_Kinderreport_2024.pdf; Zugriff 16.02.2026.

⁵⁰ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2025): Zur Förderung von Demokratiekompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Ein Positionspapier des Deutschen Kinderhilfswerkes, S. 3. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.3_Im_Ueberblick/Politische_Positionen/DKHW_Positionspapier_Demokratiekompetenz_bei_Kindern_und_Jugendlichen.pdf; Zugriff 04.02.2026.

Raum, um Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule und des Elternhauses pädagogisch zu begleiten und Extremismusprävention zu gewährleisten.⁵¹

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Angelegenheiten ist nicht nur vor dem Hintergrund der UN-Kinderrechtskonvention ihr gutes Recht, sondern auch als zentraler Ansatzpunkt einer gelingenden Demokratiebildung und -förderung sowie einer funktionierenden Demokratiepraxis zu verstehen. Kinder und Jugendliche müssen von Anfang an die Möglichkeit haben, positive Partizipations- und damit Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Daher ist eine flächendeckende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten notwendig.⁵²

Abschließend sei noch auf ein gutes Beispiel aus der Praxis verwiesen: Mit Beginn der neuen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jahre 2025 hat der Kooperationsverbund „Demokratiebildung im Kindesalter“ seine Arbeit aufgenommen, um Demokratiebildung an allen Bildungsorten von Kindern nachhaltig zu festigen und langfristig eine bundeszentrale Infrastruktur in diesem Bereich zu etablieren. Ziel ist es, bestehende Strukturen durch das Bündeln von Expertisen und Angeboten zu ergänzen, Wissen

in die Praxis zu transferieren und fachliche (Qualitäts-)Entwicklungen sowie Diskurse im Kontext gesamtgesellschaftlicher Debatten zu begleiten. Neben dem Deutschen Kinderhilfswerk, bei dem die Koordinierungsstelle für den Kooperationsverbund angesiedelt ist, sind fünf weitere bundesweit agierende Träger in dem Verbund tätig: die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe), die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), das Institut Kinderwelten für diskriminierungskritische Bildung e.V. (IKW), das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) und Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage/Aktion Courage e.V. Hauptzielgruppen des Kooperationsverbundes sind Kinder im Alter bis zu 14 Jahren, Eltern und Familienangehörige, pädagogische Fachkräfte in Kita, Hort, Ganztags, Schule und in außerschulischen Einrichtungen, Leitungen von Bildungseinrichtungen, Weiterbildungsinstitute und Fachverbände sowie Verwaltungen und Kommunen. Bereits jetzt, also noch in der Frühphase des Projektes, ist eines ganz klar geworden: Es braucht verbindliche politische Unterstützung, ausreichend Ressourcen, qualifizierte Fachkräfte und Strukturen, die Beteiligung von Kindern tatsächlich ermöglichen. Gute Demokratiebildung gelingt nur mit verlässlicher langfristiger Förderung, diskriminierungskritischer Haltung und klaren Qualitätsstandards.⁵³

⁵¹ Vgl. ebd.

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. Kooperationsverbund Demokratiebildung im Kindesalter. Abrufbar unter: <https://www.demokratiebildung-im-kindesalter.de/index.html>; Zugriff 16.02.2026.

Fazit: Chancengleichheit in der Bildung bleibt leeres Versprechen – bisher

Ob in Kindertageseinrichtungen oder Schulen, in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit oder in der politischen Bildung – in allen genannten Bereichen stellt Bildungsgerechtigkeit eine gewaltige Herausforderung dar. Dabei wird deutlich, dass Bildungsungleichheit nicht allein auf individuelle Leistung zurückzuführen ist, sondern systemische Ursachen hat. Dies zeigt sich beispielsweise an regionalen Unterschieden, die vor allem die Infrastruktur in strukturschwachen Gegenden betreffen und die sich unvorteilhaft auf den Bildungserfolg vor allem ressourcenschwacher Gruppen auswirken können. Auch Kinder mit Migrationsgeschichte stehen oft vor großen Hürden, die ihre Bildungschancen einschränken können, so beginnen sie häufig mit geringeren Deutschkenntnissen oder sind Vorurteilen ausgesetzt, was den Zugang zu Lerninhalten erschwert.

Neben den genannten Aspekten spielt dabei die soziale Herkunft von Kindern und Jugendlichen auf ihrem Bildungsweg eine entscheidende Rolle, die vor dem Hintergrund kommender politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen noch weiter an Brisanz gewinnen wird. Neben einer ausreichenden Finanzierung der genannten Bildungsbereiche, die sich an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe orientieren muss, ist es unumgänglich, soziale Ungleichheiten in ihren Ursachen zu bekämpfen.

In dem Papier „Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder“ formuliert das Deutsche Kinderhilfswerk eine Reihe von Forderungen, die eine Gesamtstrategie bei der Bekämpfung sozioökonomischer Benachteiligungen verlangen. Dies umfasst beispielsweise die Einführung eines Bundeskinderteilhabegesetzes,

das armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen einen individuellen, einklagbaren Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe ermöglicht. Des Weiteren kann ein solches Gesetz regeln, wie durch den Bund finanzierte, infrastrukturelle Bildungs- und Teilhabeleistungen auf der kommunalen Ebene für Kinder und Jugendliche direkt sichergestellt werden. Ziel des Gesetzes sollte es dabei sein, das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten, die mit ihren Familien auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.⁵⁴

Oftmals kommen bestehende Leistungen und Angebote zudem nur unzureichend oder gar nicht bei Kindern mit erhöhten Bedarfen und ihren Familien an. Dies gilt insbesondere für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Um allen Kindern soziale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es unbürokratische und niedrigschwellige Wege. Erfolgreich erprobte Instrumente, wie Kinderteilhabepläne, zentrale Anlaufstellen für Familien und kommunale Präventionsnetzwerke müssen gefördert und bundesweit abgesichert werden. Daneben gilt es auch die Schulsozialarbeit in den Blick zu nehmen, da sie die Bedarfe der Schüler*innen und ggf. der Eltern kennt und an die relevanten Kontakte und Angebote in den Kommunen weiter vermitteln kann.⁵⁵

Soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und das Recht auf Bildung umzusetzen, ist dabei nicht nur eine soziale oder wirtschaftliche Aufgabe, sondern eine verbindliche Verpflichtung aus den in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Kinderrechten, die jedem Kind ein Leben in Würde, Schutz und echter Teilhabe garantieren.

54 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen, S. 3. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabechancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 04.02.2026.

55 Vgl. ebd., S. 6.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsdesign
Abbildung 2:	Veränderungen im Bildungssystem
Abbildung 3:	Veränderungen im Bildungssystem / Einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen
Abbildung 4:	Veränderungen im Bildungssystem / Stärkere Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen
Abbildung 5:	Veränderungen im Bildungssystem / Stärkere finanzielle Förderung von Schulen
Abbildung 6:	Veränderungen im Bildungssystem / Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule
Abbildung 7:	Veränderungen im Bildungssystem
Abbildung 8:	Veränderungen im Bildungssystem / Zugang von geflüchteten Kindern zur Schule
Abbildung 9:	Veränderungen im Bildungssystem / Bessere Zusammenarbeit von Angeboten für Kinder
Abbildung 10:	Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule
Abbildung 11:	Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Leistungsbewertung durch Noten
Abbildung 12:	Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule
Abbildung 13:	Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Unterstützungsangebote für Familien
Abbildung 14:	Maßnahmen zur direkten Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in der Schule / Schulsozialarbeit und psychosoziale Beratung
Abbildung 15:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule
Abbildung 16:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Partizipation
Abbildung 17:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule
Abbildung 18:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Schule und Kita / Demokratiebildung in Schulen
Abbildung 19:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Öffnung von Schule ins soziale Umfeld
Abbildung 20:	Maßnahmen zur Förderung von Mitbestimmung, Teilhabe und demokratischem Lernen in Kita und Schule / Partizipation

Literaturverzeichnis

Achour, Sabine / Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin. Abrufbar unter: <https://collections.fes.de/publikationen/id/454127>; Zugriff 04.02.2026.

Arte Magazin (2023): „Die Mitte gerät unter Druck.“ Interview mit Christoph Butterwegge. Abrufbar unter: <https://www.arte-magazin.de/angst-vor-armut/>; Zugriff 04.02.2026.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2021): Kreativ am Nachmittag – Wie vielfältige Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche auf dem Land entstehen. Abrufbar unter: <https://www.berlin-institut.org/presse/detail/kreativ-am-nachmittag-wie-vielfaeltige-bildungsangebote-fuer-kinder-und-jugendliche-auf-dem-land-entstehen>; Zugriff 10.03.2026.

bildungsklick (2025): Gleiches Recht für alle? Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/fruehe-bildung/detail/bildungsgerechtigkeit-kita-interview>; Zugriff 16.02.2026.

Borgna, Camillia (2023): Migration und Bildung in Europa. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/303485/migration-und-bildung-in-europa>; Zugriff 16.02.2026.

Breidenstein, Georg (2023): Ungleiche Grundschulen und das Versprechen der „Leistungsgerechtigkeit“ im Schulsystem. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/509295/ungleiche-grundschulen-und-das-versprechen-der-leistungsgerechtigkeit-im-schulsystem>; Zugriff 04.02.2026.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2024): Die Vielfalt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund neu entdecken. Abrufbar unter: <https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Pressegespraeche/2024-02-14-Pressesgespraech-Vielfalt-der-Bevoelkerung-mit-Migrationshintergrund-neu-entdecken.html>; Zugriff 10.03.2026.

Der Paritätische Gesamtverband (2024): Gerechtigkeit von Anfang an. Ein Sozialindex für Kindertageseinrichtungen. Berlin. Abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/broschuere_Kita_Sozialindex-2025_web.pdf; Zugriff 16.02.2026.

Der Paritätische Gesamtverband (2025): Ungleichheit von Anfang an. Bericht zu Armut und Kita-Betreuung. Berlin. Abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Bericht_zu_Armut_und_Kita-Betreuung_2025.pdf; Zugriff 05.03.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabechancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 04.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2023): Partizipation als Privileg? Klassismus und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtebasierter Demokratiebildung. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/user_upload/DKHW_Schriftenreihe_Klassismus_WEB.pdf; Zugriff 16.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.3_Im_Ueberblick/

Politische Positionen/Kernforderungen/Kernforderungspapier_Fachkraeftemangel_2026.pdf; Zugriff 04.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Kinderreport Deutschland 2024. Demokratiebildung in Deutschland. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderreport/Kinderreport_2024/DKHW_Kinderreport_2024.pdf; Zugriff 16.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2025): Kinderrechte-Index 2025. Abrufbar unter: <https://www.dkhw.de/informieren/unsere-themen/kinderrechte/kinderrechte-index/>; Zugriff 16.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2018): UN-Kinderrechtskonvention. Artikel 28: Recht auf Bildung. Abrufbar unter: <https://www.kindersache.de/bereiche/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention/artikel-28-recht-auf-bildung>; Zugriff 16.02.2026.

Deutsches Kinderhilfswerk (2025): Zur Förderung von Demokratiekompetenz bei Kindern und Jugendlichen Ein Positionspapier des Deutschen Kinderhilfswerkes. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.3_Im_Ueberblick/Politische_Positionen/DKHW_Positionspapier_Demokratiekompetenz_bei_Kindern_und_Jugendlichen.pdf; Zugriff 04.02.2026.

Edelstein, Benjamin (2024): So prägt der Zuwanderungshintergrund die Chance, ein Gymnasium zu besuchen – ein Zeitvergleich. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/557877/so-praegt-der-zuwanderungshintergrund-die-chance-ein-gymnasium-zu-besuchen-ein-zeitvergleich/>; Zugriff 16.02.2026.

Funcke, Antje / Menne, Sarah (2023): Kinder- und Jugendarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 1ff. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>; Zugriff 30.07.2025.

GEW (2016): Bildung in der Migrationsgesellschaft. Institutionelle und professionelle Herausforderungen – GEWerschaftliche Handlungsperspektiven. Abrufbar unter: <https://www.gew-berlin.de/fileadmin/media/publikationen/be/Schule/Diskrimierungsschutz/201606-Doku-Bildung-Migrationsgesellschaft-2015-web.pdf>; Zugriff 16.02.2026.

Geweke, Jakob / Edelstein, Benjamin (2025): Das Startchancen-Programm von Bund und Ländern. Grundzüge und Diskussionspunkte im Kontext des Anspruchs einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung. Abrufbar unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2025/34204/pdf/Geweke_Edelstein_2025_Das_Startchancen-Programm.pdf?utm_source=Krautreporter+Newsletter&utm_campaign=7bc35c1318-WEIRD_03_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_9ed711293a-7bc35c1318-220095797; Zugriff 16.02.2026.

Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Plakat „Klassismus ist ...“ Abrufbar unter: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/plakat_klassismus.pdf; Zugriff 30.07.2025.

Heller, Anne / Ewert, Stefan (2021): Bildung in ländlichen Räumen und die Rolle der Lehrerbildung. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/335923/bildung-in-laendlichen-raeumen-und-die-rolle-der-lehrerbildung/>; Zugriff 16.02.2026.

Ifo-Institut (2025): Ganzttag in Grundschulen erhöht Chancen auf Gymnasium. Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/schule/detail/ganzttag-grundschulen-chancen-gymnasium>; Zugriff 16.02.2026

Ifo-Institut (2025): Soziale Mobilität in Deutschland geht zurück. Abrufbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-09-05/soziale-mobilitaet-deutschland-geht-zurueck>; Zugriff 04.02.2026.

Ilg, Marvin (2023): Auf die Haltung kommt es an – Reflexion als Grundlage einer klassismussensiblen Pädagogik in der Kita. In: Deutsches Kinderhilfswerk: Partizipation als Privileg? Klassismus

und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtbasierter Demokratiebildung. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/user_upload/DKHW_Schriftenreihe_Klassismus_WEB.pdf; Zugriff 04.02.2026.

Knop, Julian (2023): Bildungsräume klassismussensibel gestalten. Handlungsmöglichkeiten für die schulische Praxis. In: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (Hrsg.): Themendossier Klassismus in Schulen. Berlin. Abrufbar unter: https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2024/09/themendossier_klassismus_in_schulen_web_01.pdf; Zugriff 30.07.2025.

Kooperationsverbund Demokratiebildung im Kindesalter. Abrufbar unter: <https://www.demokratiebildung-im-kindesalter.de/index.html>; Zugriff 16.02.2026.

Leibniz-Gemeinschaft (2025): Frühe Weichenstellung. Abrufbar unter: <https://www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/neues/forschungsnachrichten/forschungsnachrichten-single/newsdetails/wie-das-elternhaus-bildungschancen-praegt-fruehe-unterstuetzung-in-der-bildung>; Zugriff 04.02.2026.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2025): Bildung auf einen Blick: Deutschland. Abrufbar unter: https://www.oecd.org/de/publications/2025/09/education-at-a-glance-2025-country-notes_9749f4ff/germany_52735cfb.html; Zugriff 04.02.2026.

Verband Bildung und Erziehung e.V. (2026): Rechtsanspruch schützt vor Qualitätsdiskussion nicht. Abrufbar unter: <https://bildungsklick.de/schule/detail/rechtsanspruch-ganztagsbetreuung-forsa-umfrage>; Zugriff 16.02.2026.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116–118
10117 Berlin
Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 308693-93
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de



Das Deutsche
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
bescheinigt:
**Geprüft +
Empfohlen**

ISBN 978-3-922427-84-1